Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 15. Januar.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Anstelle des aus dem Amte geschiedenen Abg. Tröndlin wird Abg. Meyer-Jena (nl.) durch Acclamation zum Schriftführer gewählt.

Der Gesetzentwurf, betr. die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts in Elsaß-Lothringen für 1888/89 wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Das Haus setzt hierauf die zweite Berathung des Etats fort mit dem Etat des Auswärtigen Amtes.

Kap. 4. Die fortdauernden Ausgaben „Besoldungen" werden ohne Debatte bewilligt.

Bei Kap. 5: „Gesandtschaften, Konsulate und Schutzgebiete" Tit. 98, „Konsulate in Sansibar 73,000 M. (Konsul 33,000 M., Vicekonsul 15,000 M., Kanzler 10,000 M., Dolmetscher 9000 M., Sekretär 6000 M.)" ergreift das Wort

Abg. Richter (dfr.): Es handelt sich hier um den Generalkonsul in Sansibar und um Bewilligung für einen Vicekonsul bei dem Generalkonsulat. Unzweifelhaft trifft ja ein großer Theil der Schuld an den Wirren in Ostafrika die Ostafrikanische Gesellschaft. (Zuruf des Abg. Oechelhäuser: Nicht wahr!) Ich wundere mich, daß dieser Ruf gerade aus der nationalliberalen Seite kommt. Gerade der Herr Reichskanzler konstatirt ja in dem mitgetheilten Weißbuch, daß die Ostafrikanische Gesellschaft einen großen Theil der Schuld an den Wirren trage, weil, wie der Herr Reichskanzler sagt, sie mehr energisch als umsichtig verfahren sei. (Abg. Oechelhäuser: Auch nicht wahr!) Dann wünsche ich, daß Herr Oechelhäuser demnächst dem Reichskanzler selber diese Unwahrheit nachweisen möge. Uebrigens wundere ich mich über seine Aufregung nicht. Denn die Herren sind ja an der Verwaltung betheiligt und sind etwas gereizt, wenn man ihnen vorhält, wie viel sie an den Fehlern der Gesellschaft mit schuld sind. Indessen über die Ostafrikanische Gesellschaft wollte ich heute nicht sprechen. Wir werden darauf zurückkommen bei der in Aussicht stehenden Vorlage. Ich meine, daß ein Theil der Schuld auch den Generalkonsul trifft, den wir dort haben. Die Ursache der letzten Wirren ist der Vertrag gewesen, der mit dem neuen Sultan von seiten der Ostafrikanischen Gesellschaft abgeschlossen ist.

Dieser Vertrag hätte nicht zum Abschluß kommen können ohne die Vermittelung des deutschen Generalkonsuls; denn der Sultan hatte sich, wie wir aus dem Weißbuch erfahren haben, geweigert, mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft den Vertrag abzuschließen. Der Vertrag ist daher von dem Generalkonsul als Bevollmächtigter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft abgeschlossen worden. Nun ist es aber doch eine eigenthümliche Sache, daß der oberste Beamte des Reichs einen Vertrag als Bevollmächtigter einer dem Reich untergebenen Gesellschaft abschließt. Jedenfalls hätte der Generalkonsul sich vorher überzeugen müssen, ob die Ostafrikanische Gesellschaft wirklich imstande war, den von ihm vermittelten Vertrag zur Ausführung zu bringen und auch das Auswärtige Amt hätte sich davon vorher überzeugen müssen, bevor es den Generalkonsul dazu ermächtigte, als Vertreter der Ostafrikanischen Gesellschaft diesen Vertrag abzuschließen. Es konnte dem deutschen Generalkonsul dort unmöglich verborgen bleiben, daß die deutsche Ostafrikanische Gesellschaft dahselbst außer stande sei, den von ihr eingegangenen Verpflichtungen demnächst nachzukommen. Es handelt sich in dem Vertrage um die Uebernahme der Hoheitsrechte und der Verwaltung an einer Küstenstrecke von nicht weniger als 75 deutschen Meilen. Was hatte die Ostafrikanische Gesellschaft für Mittel, um eine solche Verwaltung zu übernehmen? Nur einen Kapitalbetrag von nominell 3 Mill. M. Aber das konnte doch dem Generalkonsul nicht verborgen sein, daß die Ostafrikanische Gesellschaft zu keiner Zeit diese Summe in realisirbaren Werthen verfügt hat. Sie hatte allerdings ein Nominalkapital von 3 Mill. M. Ueber die Hälfte dieses Kapitals ist aber seiner Zeit zur Abfindung des Dr Peters und der von ihm gebildeten Kommanditgesellschaft für ihre Ansprüche ausgegeben. Ein anderer Theil ist in sogenannten Freianttheilen vergeben worden. Ich behaupte, daß zu keiner Zeit die Ostafrikanische Gesellschaft auch nur eine Million besessen hat, und bezweifle, daß sie auch nur ½ Million zur Zeit des Abschlusses dieses Vertrages zur Verfügung gehabt hat. Mit solchen Mitteln ging man also die Verpflichtung ein, über 75 deutsche Meilen Küstengebiets die Verwaltung und die Hoheitsrechte auszuüben.

Was hat die Gesellschaft nun zu diesem Zweck gethan? Der Generalkonsul sagt in den Weißbüchern, daß die Gesellschaft in keiner Weise vorbereitet gewesen sei, den Vertrag auszuführen. Er behauptet, daß sie nur ein einziges und dazu schwaches und kleines Dampfboot besessen habe und nicht einmal so viel Gewehre, daß man damit die 100 eingeborenen Soldaten bewaffnen konnte. Nichts als ein paar schneidige Lieutenants und einige junge Beamte waren da, die begierig waren, Hoheitsrechte auszuüben. Der dortige Generalkonsul mußte sich sagen, daß große Schwierigkeiten bei der Uebernahme einer solchen Aufgabe gegeben sind, und sollte doch das schon bestehende Hoheitsrecht des Sultans in Betracht gezogen haben. Die Autorität des Sultans stützte sich auf die Identität der Nationalität und des Glaubens mit den dort vorhandenen Arabern; der Sulton verfügte über mehrere tausend Mann. Die Gesellschaft hatte auch bei ihrem Vorgehen gar keinen Stützpunkt in irgend welchen deutschen Niederlassungen. Das ist ja so bezeichnend, daß im ganzen deutschen Ostafrika bis jetzt keine einzige deutsche Handelsniederlassung, Faktorei oder Missionsanstalt vorhanden gewesen ist. So mußte es denn kommen, wie es gekommen ist. Was hätte es da geschadet, wenn der Generalkonsul und das Auswärtige Amt es abgelehnt hätten, die Vermittelung zu einem Vertragsabschluß anzubieten? Ein anderer Staat hätte nicht zuvorkommen können, denn durch den früheren Vertrag war die deutsche und die englischen Interessensphäre vollkommen gegeneinander abgegrenzt. Die Gesellschaften, welche Handel treiben wollten, hatten bereits zwei Küstenpunkte, Dar-es-Salam und Pangani, auch ohne Abschluß des Vertrages; wenn er aber wirklich abgeschlossen war, hätte man doch die Ausführung nicht zu beginnen brauchen bei der Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel. Man empfängt aus den Berichten den Eindruck, als wenn der Herr Generalkonsul es ein bischen zu leicht nehme mit den dortigen Verhältnissen. In dem einen Bericht hält er eine baldige Beruhigung für möglich, aus anderen Berichten geht dann hervor, daß seine Voraussagen sich nicht erfüllten. Man empfängt auch den Eindruck, daß das Verhältniß des Generalkonsuls zu dem Generalbevollmächtigten der Gesellschaft, die beide in Beziehung zum Sultan stehen, manche Unzuträglichkeiten hat. Wie wird es da werden, wenn nun noch ein dritter Vicekonsul hinzutritt, der ebenfalls berechtigt ist, mit dem Sultan zu verhandeln. Wird das die Frage vereinfachen? Wir sind gar nicht in der Lage, über diese Forderung hier zu entscheiden, weil sie in einem natürlichen Zusammenhang steht mit der Vorlage für Ostafrika, die uns angekündigt worden ist. Man sagt, daß dort die Mittel verlangt werden sollen für einen neuen Reichskommissar. Nun ist der Konsul und der Vicekonsul, der hier verlangt wird, doch auch ein Reichskommissar. Die ganze Unterlage erfährt also eine Veränderung, wenn in der neuen afrikanischen Vorlage die Stelle eines Kommissars geschaffen wird. Ich würde es daher für sachgemäß halten, wenn die ganze Entscheidung hinausgeschoben würde, bis wir die mit dieser Frage zusammenhängende Materie der ostafrikanischen Vorlage erledigt haben, und stelle dementsprechenden Antrag, die Position an die Kommission zurück zu verweisen. (Lebhafter Beifall links.)

Berichterstatter Graf Behr führt unter großer Unruhe des Hauses aus, daß an diese Position sich gar keine kolonialpolitische Betrachtung in der Kommission geknüpft habe; es sei der Posten eines Vicekonsuls auch schon kommissarisch besetzt, eine große Veränderung würde somit durch die Bewilligung der Ausgabe nicht eintreten.

Abg. Richter: Der Hr. Referent irrt, wenn er meint, daß an diese Position sich in der Kommission keine große kolonialpolitische Betrachtung geknüpft habe. Es hat sich dort vielmehr eine einstündige kolonialpolitische Auseinandersetzung des Herrn Staatssekretärs Herbert Bismarck daran geknüpft. Das kann man doch nicht so leicht vergessen. (Heiterkeit.) Ueber den Inhalt dieser Ausführungen des Hrn. Grafen Bismarck in der Kommissionssitzung ist der Wunsch ausgesprochen worden zu schweigen; deshalb kann ich auch hier auf den Inhalt dieser Erörterungen nicht zurückkommen.

Der Hr. Referent meint, diese Stelle des Vicekonsuls sei schon kommissarisch besetzt gewesen und es träte somit gar keine Veränderung ein. Die Veränderung besteht darin, daß wir, indem wir diese kommissarische Stelle zu einer dauernden machen, unsererseits die Verantwortung für diese Organisation übernehmen. Wenn die Stelle kommissarisch besetzt ist, liegt ja auch gar keine Veranlassung vor, sie jetzt dauernd zu besetzen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Die Anwesenheit eines ständigen Vertreters des Konsuls in Sansibar ist unentbehrlich. Denn bei den großen Entfernungen ist die Kommunikation sehr schwierig, und wenn der Konsul einmal auf Urlaub geht, muß doch für eine Vertretung gesorgt sein. Ein Konsul, der im tropischen Klima lebt, hat das Recht, mitunter auf Urlaub zu gehen, auf Monate, auch mitunter krank zu werden (Heiterkeit), und es ist für unsere dortigen Interessen nicht nützlich, wenn in dieser Zwischenzeit die konsularische Thätigkeit vollständig eingestellt oder durch jemand, der ganz neu in die Sache hineinkommt, ausgeübt wird. Auf die Kolonialdiskussion, welche der Abg. Richter angeregt hat, gehe ich meinerseits bei der heutigen Diskussion nicht ein. Wenn davon in der Kommission die Rede gewesen ist, so stand damals eine Vorlage, welche, wie ich hoffe, heute oder morgen an den Bundesrath in Bezug auf Ostafrika abgehen wird, noch nicht in Aussicht. Diese Vorlage wird Ihnen ja, wenn sie nicht im Bundesrath abgelehnt wird, zur Diskussion unterbreitet werden, und so wird ja auch Herrn Eugen Richter (Heiterkeit) die Gelegenheit nicht entgehen, seine kolonialpolitischen Erfahrungen vorzutragen.

Abg. Oechelhäuser (nl., auf der Tribüne vollkommen unverständlich) bestreitet, daß die Ostafrikanische Gesellschaft Schuld an den Wirren in Ostafrika trage.

Abg. v. Bennigsen (nl.): Als Vorsitzender der Budgetkommission erkläre ich dem Abg. Richter gegenüber, daß allerdings gelegentlich dieser Position eine längere vertrauliche Ausführung seitens des Herrn Staatssekretärs stattgefunden hat; eine eingehende Diskussion aber hat sich in der Budgetkommission daran nicht angeschlossen.

Abg. Richter: Eine eingehende Diskussion habe auch ich an dieser Stelle nicht eingeleitet, sondern mich nur gestreift, so weit die Sache im Zusammenhang mit dem Generalkonsulat steht; mit dieser Beschränkung hat die Diskussion auch in der Kommission stattgefunden.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen abgelehnt und Tit. 78 wird angenommen.

Bei Tit. 108 „Kamerun 56,850 M." erklärt

Abg. Woermann (nl.): Es ist nicht meine Absicht, die hier in Frage kommende Position zu bemängeln. Ich möchte mir aber erlauben, bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf das Vorgehen der englischen Royal-Niger-Compagnie zu lenken und daher allerdings dankend zu konstatiren, daß auch schon in dem vergangenen Jahre von seiten des Auswärtigen Amts die deutschen Interessen dort in außerordentlich nützlicher Weise geschützt worden sind. Neuerdings hat aber die Royal-Niger-Compagnie weitere Schritte gethan, welche geeignet sind, auch in weiteren Kreisen Bedenken zu erregen, und insbesondere veranlassen mich die Verhandlungen, welche im Laufe des Dezember in dem englischen Parlament stattgehabt haben, diese Frage auch hier anzuregen. Es war seinerzeit, als die Niger-Schiffahrtsakte auf der Kongokonferenz festgesetzt wurde, von England allerdings vorbehalten, diejenige Einheit, welche in dem Kongogebiete eingeführt worden war, mit der gleichartigen Kongoakte nicht auch in das Nigergebiet einzuführen. Damals hat man, glaube ich, aber allgemein, und ich glaube, die englischen Vertreter wohl am allermeisten, diesen Vorbehalt doch nur so verstanden, daß die englische Regierung, welche schon damals gewissermaßen eine Herrschaft über das Negergebiet ausübte, sich vorbehalten wollte, dort Privilegien einzuführen, wenn sie seinerzeit diese Gebiete unter ihre Verwaltung nehmen würde. Kein Mensch hat aber damals angenommen, daß es die Absicht der englischen Regierung sein könnte, in jenen Gebieten derartige Privilegien und Monopole einzuführen, wie sie thatsächlich der Royal Niger-Compagnie gewährt sind. Dieses Vorgehen widerspricht auch thatsächlich derjenigen Praxis, wie sie bisher für alle englischen Kolonien von seiten der englischen Regierung ausgeübt wurde. Es widerspricht die englische Praxis der in unserem deutschen Schutzgebiete Kamerun bestehenden, wo die englischen Unterthanen genau dieselben Rechte haben wie die deutschen Unterthanen. Dadurch aber, daß man der Niger-Compagnie das Vorrecht gegeben hat, Zölle zu erheben, ist es eintreten, daß die Niger-Compagnie, welche nicht etwa eine Gesellschaft ist, welche lediglich die Verwaltung in jenen Distrikten ausübt, sondern welche gleichzeitig Handel treibt, alle anderen Firmen, welche in jenen Gegenden Handel treiben, einfach beiseite schiebt. Thatsächlich ist das auch bereits soweit geschehen, daß in der Generalversammlung der Royal Niger-Compagnie vom Juli 1888 der Vorsitzende der Gesellschaft ausdrücklich schon erklärt hat, bereits jetzt besitze die Royal Niger-Compagnie 14/15 des gesammten Handels in jenen Gebieten. Es wurde allerdings, da von anderer Seite dagegen protestirt wurde, so dargestellt, als ob die Royal Niger-Compagnie selbst ebenfalls Zölle bezahlte, und merkwürdigerweise ist diese Darstellung auch neuerdings von dem Unterstaatssekretär Fergusson im englischen Parlament wiederum ausgeführt worden. Es sei ganz natürlich, wenn eine Compagnie selbst Handel treibt, daß sie die Zölle, die sie von ihren eigenen Waaren erhebt, in ihre eigenen Taschen steckt und daß es für sie um so vortheilhafter ist, je höher diese Zölle sind; daß sie dadurch allein in die Lage kommt, den letzten Rest des anderen auswärtigen Handels vollständig zu verdrängen. Es ist die Akte auf den eigentlichen Nigerfluß bezogen; es ist jetzt aber, wie es scheint, die Absicht — und von seiten des Unterstaatssekretärs Fergusson ist keineswegs widersprochen — diese Vorrechte, welche die Royal Niger-Compagnie für den Nigerfluß hat, auch auf das Gebiet westlich von der eigentlichen Nigermündung bis nach der englischen Kolonie Lagos und östlich bis zur deutschen Kolonie Kamerun auszudehnen. In diesem Gebiet sind nun ganz wesentlich deutsche Interessen betheiligt. Es ist dasjenige Gebiet, aus welchem der außerordentliche, bedeutende Handel der englischen Handelsgesellschaft Lagos herkommt, das Gebiet, in welchem Lagos den hauptsächlichsten Besitz hat. Bei dem Lagoshandel sind aber deutsche Firmen mit etwa 15 Proz. betheiligt. Es sind vor einigen Jahren hier sogar die deutschen Firmen in einigen Exportartikeln den englischen Firmen überlegen gewesen und auch jetzt ist der Antheil, welchen die Deutschen an jenem Handel in Lagos haben, ein außerordentlich großer. Es hat allerdings schon in Lagos selbst ein Protestmeeting stattgefunden, in welchem schon beschlossen wurde, die englische Regierung zu ersuchen, unter keinen Umständen diese Privilegien der Royal Niger-Compagnie auch auf jenes Gebiet auszudehnen. Aber gerade für diese Strecke ist es nach den Erklärungen des Unterstaatssekretärs Fergusson zweifelhaft. Ebenso wichtig aber ist das Gebiet östlich von der Nigermündung. Es ist dort verhältnißmäßig direkter Handel von Deutschen wenig betheiligt, aber auch in dem dem Nigerflusse zunächst gelegenen Gebiete Nen-Kalabar ist eine deutsche Firma etablirt, und von diesem Herrn habe ich persönlich die Mittheilung bekommen, daß thatsächlich die Niger-Company, welche nur ein Recht hat, sich 40 englische Meilen westlich und östlich von dem eigentlichen Flusse auszudehnen, sich wesentlich weiter ausdehnt und die deutsche Faktorei schädigt, indem sie dieselbe zu Lizenzabgaben und Einfuhrzöllen anhält. Auf diese Weise würde, glaube ich, der deutsche Handel wesentlich geschädigt werden, denn es handelt sich nicht allein um den deutschen Handel, sondern auch die deutsche Schiffahrt ist in jenen Gebieten sehr betheiligt. Es würde aber bei einem derartigen Monopol, welches der englischen Niger-Company gestattet würde, die deutsche Schiffahrt außerordentlich leiden. Ich glaube daher, daß es nicht nur im Interesse der englischen Firmen, welche auch ihrerseits gegen jenes Vorgehen protestiren, sondern auch im Interesse des deutschen Handels in jenen Gebieten liegt, daß jene Privilegien der Niger-Company nicht weiter ausgedehnt werden, als sie bis jetzt sind. Ich möchte nur ganz kurz hier erwähnen, wie bedeutend doch diese Gebiete für den Handel sind. Ich habe hier den Bericht vor mir, welchen der Gouverneur von der englischen Kolonie Lagos an die engl. Regierung erstattet hat. Er spricht davon, daß in jenen Gebiet bereits heute 33,000 Tonnen Palmöl exportirt werden, die einen Werth von 16 Mill. M. repräsentiren, und 30,000 Tonnen Palmkerne, welche einen Werth von ungefähr 6 Mill. repräsentiren. Der englische Gouverneur von Lagos berichtet aber an seine Regierung, daß es nach seiner Auffassung unzweifelhaft sei, daß der Handel in jenen Gebieten, wenn dort eine regelrechte Verwaltung eingeführt würde, sich in ganz kurzer Zeit auf das Dreifache vermehren könne. Es spricht dies ja wiederum gegen die Anschauung, welche in diesen Kreisen über den Werth von Afrika herrscht.

Angesichts dieser Zahl möchte ich die Bitte an das Auswärtige Amt richten, wenn irgend möglich, auch von deutscher Seite den Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Privilegien der Royal-Niger-Company keinesfalls auf die von mir erwähnten Gebiete ausgedehnt werden.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Auf die Anfrage des Herrn Vorredners erwidere ich, daß wir gern bereit sind, dort, wo die englischen Interessen mit den unsrigen sich verbinden, speziell also in Beziehung auf die Niger-Compagnie, mit der englischen Regierung Hand in Hand zu gehen und mit ihr zu sympathisiren. Für das Auswärtige Amt fehlt aber jede sichere Handhabe, in die englische Kolonialverwaltung und Gesetzgebung einzugreifen. Wir haben unsere Interessengebiete in der Kameruner Gegend ebenso wie im sonstigen Westen von Afrika durch Verträge zu regeln gesucht. Diese Regel fest zu halten, ist an sich schon schwer, wie die Vorgänge im südwestlichen Theile von Afrika zeigen. Die Kontrolle der englischen Regierung über ihre dortigen Unterthanen ist nicht immer so leicht, wie sie in einem kontinentalen geordneten Staatswesen sein mag. Aber ein Verlangen an die englische Regierung zu stellen, daß sie in vertragsmäßige Berechtigung. Sie bewegt sich nach ihren eigenen parlamentarischen und wirthschaftlichen Interessen der Niger-Compagnie und dem dortigen Handel gegenüber. Wenn wir einen Eingriff in diese innere großbritannische Angelegenheit versuchen wollten, so würden wir dadurch einen Gegenstrom provoziren, der auch unsere unabhängige Bewegung in unseren Kolonien beeinträchtigen könnte. Das Auswärtige Amt hat schon mehrere Jahre hindurch Gelegenheit gehabt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf das mit den sonstigen liberalen Grundsätzen der englischen Handelspolitik schwer vereinbare Vorgehen der Niger-Compagnie in der dortigen Gegend zu lenken und in eine Korrespondenz darüber einzutreten. Ich würde angesichts der Anregung des Vorredners gern Gelegenheit nehmen, diese Frage zu erörtern, wenn der Vorredner mir dadurch sekundiren wollte, daß er in der Presse — wenn er zu derselben bessere Beziehungen hat als ich — und namentlich in der englischen, Beistand für diese Idee sucht. Eine Zeitungsstimme findet dort oft mehr Gehör als die eines auswärtigen Gesandten, von dem man doch annimmt, daß er seine eigenen Interessen vertritt. Aber es ist, wie ich eingangs bereits bemerkte, ganz zweifellos, daß sehr viele englische Interessen bei unseren kaiserlichen Verhältnissen eminent betheiligt sind. Wenn nun aufgrund unserer Korrespondenzen und vielleicht aufgrund anderweitiger Beziehungen die englische Presse sich dafür interessirt, so können dadurch die Schritte der deutschen Botschaft in England ganz erheblich gefördert werden. Wir brauchen deshalb die Sache, welche Gegenstand langjähriger Korrespondenzen unsererseits gewesen ist, nicht von neuem anzufangen; meine Ausführung hat vielmehr nur den Zweck, dem Vorredner zu antworten.

Staatssekretär Graf Herbert Bismarck: Ich habe auf die Ausführungen des Herrn Abg. Woermann nur noch einige kurze geschäftliche Mittheilungen zu machen. Es ist zunächst richtig, daß die Handelstreibenden in Lagos sich im Mai 1888 bei der englischen Regierung über zu hohe Zölle beschwert haben. Die Schwierigkeit, die Sache anzufassen, bestehl für die englische Regierung aber darauf, daß die Niger-Compagnie bisher alle Angaben bestreitet, welche über ihr Vorgehen gemacht werden. Unser Abkommen vom 2. Juni 1884 bedingt die Zollfreiheit auf dem Niger mit Ausnahme derjenigen Zölle, die zur Deckung der Verwaltungskosten erhoben werden, und es ist ausdrücklich bestimmt, daß diese Zölle so niedrig wie möglich sein sollen. Nun ist das eine sehr allgemeine Angabe. Die Niger-Compagnie faßt dies „so niedrig wie möglich" ganz anders auf als die betheiligten Interessenten. Unsere deßfallsigen Verhandlungen mit der englischen Regierung, die schon seit mehreren Jahren gepflogen werden, sind bis auf den Punkt gediehen, daß unsere Angaben schließlich als einseitige Behauptungen dastehen, die, wenngleich von englischen Unterthanen getheilt, doch nicht vollständig bewiesen sind, weil die Niger-Compagnie alles der englischen Regierung gegenüber in Abrede stellt. Ich kann nur hervorheben, daß, soweit die englische Regierung in Betracht kommt, dieselbe prinzipiell auf denselben Standpunkt steht, wie wir, insofern sie darin übereinstimmt, daß die Niger-Compagnie angehalten werden muß, ihre internationalen Abmachungen auszuführen. Angesichts dieser Unmöglichkeit, die Forderungen der dort Handeltreibenden jetzt amtlich zu befriedigen, haben wir uns veranlaßt gesehen, zunächst einen Beruhsbeamten nach Lagos zu schicken, damit wir die erforderlichen amtlichen Unterlagen für Informationen bekommen, die wir fortgesetzt im Interesse unserer Handelsangehörigen bei der englischen Regierung vorbringen. Soweit ich gehört habe, beabsichtigt die englische Regierung ebenfalls einen Beamten dorthin zu schicken, um die Angelegenheit zu prüfen. Es ist also nach der ganzen bisherigen freundschaftlichen Haltung, welche die englische Regierung uns in allen kolonialen Fragen entgegenbringt, anzunehmen, daß, sobald wir die amtlichen Unterlagen auf beiden Seiten und die Erkenntniß der vorhandenen Mißstände haben, wir dann zu einer befriedigenderen Erledigung der Sache kommen werden. (Beifall.)

Abg. Richter (dfr.): Ich möchte die Aufmerksamkeit des Herrn Staatssekretärs auf den Branntweinhandel in Kamerun lenken. Die Baseler Missionsgesellschaft beklagt sich in einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung" über die von deutschen Firmen bewirkte Ueberschwemmung der unter deutschen Schutz gestellten Landstriche mit Branntwein, wodurch die Thätigkeit der Missionare erheblich gehemmt werde. Wenn dem nicht gesteuert werde, so liege die Gefahr vor, daß diese ganze junge Christengemeinde sich wieder auflöse. Sie wünscht deshalb, daß der Reichstag und die Regierung die Frage ins Auge fasse, wie dieser Branntweinpest in Kamerun zu steuern sei. Man kann nun der Meinung sein, daß der Branntwein in Norddeutschland ein nothwendiges Getränk des berühmten „armen Mannes" ist, aber er ist doch kein Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18890117023/fragment/page=0001

dürfnis in dem tropischen Klima. Es wird soviel davon gesprochen, daß wir berufen wären, Gesittung nach Afrika zu tragen, es gehört aber meines Erachtens nicht in erster Reihe zu den deutschen Aufgaben, dieses Kulturprodukt in den tropischen Ländern derart zu fördern. Ich würde es vielmehr für gerechtfertigt halten, wenn man dazu überginge, den Branntweingenuß zu beschränken oder die Einfuhr ganz zu verbieten.

Die Regierung ist ja darauf bedacht, in Ostafrika die Einfuhr von Waffen und Munition zu verbieten. In Bezug auf die deutschen Gebiete in Westafrika, in Kamerun und Togo, dauert diese Einfuhr trotzdem fort. Wenn heutzutage die Errichtung von Kolonialreichen größere Schwierigkeiten als in früheren Jahrhunderten findet, so liegt das offenbar an der ungehinderten Waffeneinfuhr. In Neuguinea hat die Regierung das Richtige gethan, indem sie gleich bei Aufhissung der Flagge das Verbot der Einfuhr von Waffen erließ. Für Ostafrika kommt dies Verbot vielleicht schon zu spät, wenn wirklich über 30,000 Gewehre in Sansibar verkauft sind. In dem Maße als es möglich ist, die Hinterländer von Kamerun und Togo mit Gewehren zu versorgen, wird es schwieriger, den Handel wirksam zu fördern. Bei ihren Expeditionen haben die Herren Lieutenants Kund und Tappenbeck die Erfahrung gemacht, wie weit die Eingeborenen mit Gewehren versehen sind. Es wäre mir interessant, wie weit bei der Einfuhr nach Kamerun und Togo die Artikel Branntwein und Munition betheiligt sind, und was, wenn man hiervon absieht, sonst noch eingeführt wird. Herr Woermann hat uns neulich ganz interessante Daten mitgetheilt. Ich habe nur bedauert, daß diese sich auf englische Gebiete von Westafrika bezogen haben oder auf ganz Afrika, daß wir aber weder von ihm noch von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen irgend eine Zahl erhalten haben in Bezug auf die Einfuhrverhältnisse in Kamerun. An der Hand der Entwickelung des westafrikanischen Handels von 1882 bis 1887 stellte Herr Woermann gewissermaßen die Verhältnisse in Kamerun als Muster hin, wie sie demnächst auch in Ostafrika einzuführen wären. Um so wichtiger ist es, die wirklichen Verhältnisse in Kamerun genau festzustellen.

Herr Woermann hat seine Angaben einigermaßen selbst entkräftet, indem er hinwies gerade auf die Zunahme der deutschen Einfuhr in Togos, im englischen Gebiet. Ja, wenn die Zunahme der Einfuhr ganz abhängig davon ist, ob in dem betreffenden Gebiete die deutsche Flagge weht oder eine andere, so brauchen wir keine Kolonialpolitik; denn auch wenn ein Aufschwung des deutschen Gebiets in Ostafrika einträte, würde es auch den englischen Firmen unbenommen sein, sich an dem Handel dort zu betheiligen.

Herr Woermann unterschätzt, was Kamerun und Togo kostet. Wenn auch gewisse Zolleinnahmen, die dort erhoben werden, die Lokalkosten decken, so kostet doch Kamerun allein 50,000 M. an Gouverneurgehältern, und der Marineetat weist einen Posten von 40,000 M. zur Unterhaltung der Dampfbackasse auf. Es kommt in Betracht, daß Kamerun und Togo selbständig als westafrikanische Stationen unterhalten werden, und da ist mir doch zweifelhaft, ob der ganze Handel der deutschen Firmen in Kamerun und Togo ebenso groß ist, als was der Reichszuschuß für die dortige Kolonialpolitik beträgt. Herr Woermann hat die Zahlen über Westafrika gewissermaßen als Beweis hingestellt, daß die deutsche Kolonialpolitik günstig auf den überseeischen Handel gewirkt hat. Ich weiß nur, daß der Handel der deutschen Firmen durch die dortige Kolonialpolitik sehr gelitten hat und daß es eines großen Aufschwunges der dortigen Verhältnisse bedarf, um den deutschen Handel auf den vorigen Stand zurückzuführen. Ich weiß auch, daß der Karolinenstreit damals unsern Handelsbeziehungen zu Spanien mehr geschadet hat, als die ganze Kolonialpolitik seit 1884 hat nützen können. Wenn man in Hamburg wirklich so überzeugt ist von den Vortheilen einer energisch weitergehenden Kolonialpolitik in Ostafrika, dann begreife ich nicht, warum sie die Taschen gerade in Hamburg so zuhalten und gerade für Ostafrika! Die Herren Großhändler und Großkapitalisten in Hamburg sind ja doch in erster Linie an der Ausdehnung unseres Handels interessirt. Warum geben sie kein Geld dazu her? Sie haben es ja dazu. (Heiterkeit.) Das würde uns mehr imponiren, als wenn Herr Woermann hier solche begeisterte Reden dafür hält. Im Binnenlande sagt man sich auch: Wenn die Herren, die der Sache näher stehen, sich so zugeknöpft verhalten, dann muß die Sache doch bedenklich sein. (Sehr wahr! links.) Auch in dem Handelskammerbericht von Hamburg findet sich kein Sterbenswörtchen der Anerkennung für unsere Kolonialpolitik.

Sodann möchte ich noch um Auskunft bitten, wie es in Westafrika mit der Sklaverei steht. Es ist ja natürlich, daß dort bessere Verhältnisse bestehen als in Ostafrika; denn nachdem Amerika die Sklaverei abgeschafft hat, ist die Nachfrage nach Sklaven an der westafrikanischen Küste geschwunden. Fragen wir aber: besteht Sklaverei unter den Augen der Regierung und im Bereich der Kriegsschiffe? so lautet die Antwort: das Kamerungebiet macht gar keine Ausnahme von dem übrigen Afrika. Unter allen Verordnungen, die in den westafrikanischen Schutzgebieten erlassen sind, hat sich bis jetzt keine einzige bewunden, die nur im geringsten hindernd einzuwirken bestrebt wäre auf die dortigen Sklavereiverhältnisse. (Beifall links.) King Bell und die übrigen Dorfkönige besitzen im Anschluß an ihre Dörfer Nachbardörfer, die von ihren Sklaven bewohnt werden. Wenn Streitigkeiten zwischen ihnen entstehen, werden sie ausgeglichen, indem man sich Entschädigungen bezahlt, entweder in Form von Sklaven oder Frauen. Vielleicht wird auch die Sklavenarbeit in deutschen Faktoreien von Sklaven verrichtet, die miethweise von Sklavenhaltern beschafft werden; denn, daß unsere Handelsleute dort selbst Sklaven haben, nehme ich natürlich nicht an. (Heiterkeit und Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Aus dem vom Vorredner zuletzt berührten Thema entnehme ich, daß derselbe noch weit größere Opfer für die Kolonialpolitik zu bringen geneigt und bereit ist, als das Reich bisher vom Reichstag zu fordern gewagt hat. Er hat damit eine Frage berührt, die den Engländern seiner Zeit 20 Millionen Lstrl., 400 Millionen M., gekostet hat, das heißt die Aufhebung der Sklaverei, das Eigenthumsrecht am Menschen. Bei dem Gerechtigkeitssinn des Abg. Richter, der aus allen seinen Ausführungen hervorgeht, kann ich mir nicht denken, daß er uns voraussetzt, wir sollten ohne weiteres in Afrika, wo dieses Verhältniß noch besteht, dasselbe plötzlich lösen. Wenn wir damit anfingen, würden wir alle die Hunderte von Millionen, die noch von der Sklaverei leben und deren Existenz vernichtet ist, wenn die Sklaverei aufhört, von Hause aus gegen uns in derselben Weise aufbringen, wie es heutzutage mit den arabischen Sklavenhändlern geschieht. Wenn das die Absicht des Abg. Richter gewesen ist, den Zunder weiter hinauszuwerfen durch die Anregung dieser Frage und die Betonung der Möglichkeit, daß durch einen Gewaltstreich das Verhältniß gelöst werden könnte, d. h. ohne irgend welche Entschädigung, ja, dann begreife ich seine letzte Rede. Zwar ich kann mir nicht denken, daß der Abgeordnete sympathisiren sollte mit dem Auftreten alles Ausländischen gegen das Deutsche Reich und gegen unser Vaterland und mit der Art, wie man in der Presse, die ihn sonst zu unterstützen pflegt, heutzutage in der fortschrittlichen und freisinnigen Presse, nach allen Seiten hin zu schüren anfängt, wenn man irgend etwas ausfindig machen kann, wo man irgend einen solchen Intriganten oder Reichsfeind findet, den man persönlich in Schutz nimmt (Beifall), indem man irgend einen Vorwand findet, um dem Vaterlande Unannehmlichkeiten und Verlegenheiten zu bereiten (Beifall.) Das habe ich von einem Reichstagsabgeordneten nicht angenommen, und nur um zwischen ihm und dieser reichsfeindlichen, vaterlandslosen Presse eine Scheidewand zu ziehen, habe ich in diesem Sinne das Wort ergriffen. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wenn wir an der Erschließung des innern Afrika uns einen Antheil für die Zukunft sichern wollen, ist es ganz nothwendig, daß wir ein Stück Kolonie dort haben. Herr Richter klagt über die Kosten. Was wollen gegen die 80 Millionen, die z. B. in Frankreich dafür veranschlagt sind, die von Herrn Richter erwähnten 56,000 M. sagen? Aus der Alkoholfrage wird auch wohl von der Gegenseite kein Kapital zu schlagen sein; ich erinnere nur daran, daß die Muselmänner sehr enthaltsam sind. — Es wird Herrn Richter nicht gelingen, die bis jetzt sehr vorsichtig betriebene Kolonialpolitik zu diskreditiren, ich hoffe, daß wir sie fortführen und glücklich zu Ende bringen werden. (Bravo rechts.)

Abg. Woermann (nl.): Zum Theil zeigte die Rede des Abg. Richter wirklich eine Fülle von Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse, so daß ich wirklich nicht recht wußte, ob ich in meinem Innern lächeln sollte oder mich wundern, daß ein Mann, wie Herr Richter, so über Dinge sprechen kann, von denen er eigentlich gar nichts weiß. (Sehr gut! — Heiterkeit.) Herr Richter spricht davon, daß, wenn man den Branntwein, Waffen- und Pulverhandel nach Afrika ausschlösse, dann außerordentlich wenig übrig bleiben würde. Das ist einfach nicht der Fall, denn bei den gesammten Importen in Westafrika spielen diese kleinen Sachen eine außerordentlich geringe Rolle. Gerade deshalb wünschen wir ja, daß wir auch in deutschen Gebieten, in deutschen Kolonien Absatz finden für die kleinen Dinge, die die Engländer für ihre Kolonien nur aus England beziehen und die sie bis jetzt zum größten Theil aus England bezogen haben. Deutschland ist ein außerordentlich größeres Produktionsgebiet von Branntwein als England. Daher muß auch der Engländer, wenn er Branntwein kaufen will, in Deutschland kaufen. Wollen Sie diesen Branntweinhandel verbieten und etwas erreichen, so kann das nur durch internationale Verträge geschehen, die auch den Engländern den Handel mit Branntwein in den Kolonien verbieten. So lange die Engländer ihren Branntwein in Hamburg kaufen, werden Sie nicht in der Lage sein, zu verbieten, daß auch die Deutschen sich an diesem immerhin nicht unergiebigen Handel betheiligen; denn es ist in dieser Hinsicht außerordentlich viel übertrieben worden, und Sie sehen, daß das ganze Quantum von Branntwein, welches auf Westafrika fällt, noch nicht der vierte Theil des in Deutschland verbrauchten Branntweins ist.

Dieser Branntweinhandel ist andererseits ein Handel, der insbesondere eine Menge anderer Industrien beschäftigt, der den deutschen Rhedereien einen ganz außerordentlichen Stützpunkt giebt, der, wenn sie ihn aufgeben würden, allerdings für den Augenblick das Geschäft wesentlich in die englischen Hände treiben würde, weil die Engländer dann viel mehr Manufaktur exportiren könnten. Aber wir wünschen, daß auch in das Weltgebiet von Deutschland aus nicht nur Baumwollenwaaren, sondern auch alle anderen Waaren importirt werden können, und thatsächlich ist es für das Kamerungebiet schon ganz wesentlich. Ich bin vollständig in der Lage, diese Thatsachen zu beweisen, wenn ich einfach meine Schiffsmanifeste ansehe, die mir zeigen, welche Waaren gerade nach den deutschen Schutzgebieten gehen, und welche Waaren nach englischen Besitzungen, nach anderen Besitzungen an der westafrikanischen Küste dagegen für englische Rechnung, für englische Häuser, für französische Häuser von Hamburg ausgehen. Diese letzteren sind fast nur Branntwein und Pulver. Darin hat Herr Richter recht. Aber für die deutschen Schutzgebiete gehen schon heute eine Reihe von Waaren, welche keineswegs nur Branntwein sind, sondern ganz andere Waaren. Im übrigen möchte ich Abg. Richter zu seiner Beruhigung sagen, daß auch jetzt schon in den deutschen Kolonien ein ziemlich hoher Einfuhrzoll auf die Einführung von Branntwein besteht. Ich möchte ihm auch sagen, daß in den deutschen Kolonien von vornherein das Verbot erlassen worden ist, Hinterlader einzuführen und Perkussionsgewehre, daß auch heute nur in die Kolonie Kamerun Feuerschloßgewehre eingeführt werden dürfen, und daß diese eine so große Gefahr bieten für Deutschland, das wird Herr Richter nicht behaupten können. Er würde sich das Kamerun-Panorama ansehen können, wo er sieht, wie die Leute mit Steinschloßgewehren nur so schießen, daß sie ihr Gesicht möglichst von dem Gegenstande, den sie treffen wollen, abwenden. Abg. Richter wendet sich zu den Kosten der Kolonialpolitik und sagt, es seien keineswegs nur die Kosten in Frage gekommen, welche in Kamerun durch die Einnahmen wieder gedeckt würden, sondern es seien die Marine und die anderen Sachen, die große Kosten verursachten. Das ist immer eine der Sachen, die der Herr Richter vollständig verdreht und verwechselt. Ich bin der Meinung, daß der westafrikanische Handel so bedeutend ist, daß es nothwendig wäre, dort ebensogut Schiffe zu halten, wie wir schon in früherer Zeit Schiffe in der Südsee gehalten haben, als wir noch keine Kolonialpolitik getrieben haben. Wir brauchen dort ebensogut wie an der chinesischen Küste, wie in Ostindien Schiffe, um unsern Handel zu schützen, denn die Theile von Westafrika haben einen gar nicht unbedeutenden Theil des Handels von Deutschland. Nun liebt es Herr Richter ja ganz besonders, und in der „Freisinnigen Zeitung", welche ich allerdings für gewöhnlich nicht gerne kaufe, schon deshalb, weil die 10 Pfennige mir leid thun, welche für diese „Freisinnige Zeitung" ausgegeben werden. Aber Herr Richter liebt es, in dieser Zeitung mich mit meinen Geschäftsfreunden und mit den Hamburgern in Widerspruch zu setzen. Neulich hat Herr Richter das auch einmal in einer andern Sache versucht, als es sich nach dem Zollanschluß Hamburgs um eine Versammlung handelte. Er hatte damals versucht zu sagen: Herr Woermann hat sich im Reichstag mit seinen hamburger Freunden in Widerspruch gesetzt; denn die Hamburger sind sehr böse auf den Anschluß an den Zollverein; das beweist eine dort neulich stattgehabte Versammlung. Der Vorsitzende dieser Versammlung schrieb an die „Freisinnige Zeitung" einen Brief, in dem er hat, zu konstatiren, daß ich persönlich neben ihm als Mitvorsitzender dieser Versammlung präsidirt hätte. Da hat Herr Richter sich aber wohl gehütet, diese Berichtigung aufzunehmen. Es war ja nicht der Mühe werth, darum ein Preßgesetz u. dgl. in Kraft treten zu lassen. (Heiterkeit.)

Aber Herr Richter sagt auch, daß der hamburger Handelskammerbericht absolut nichts über die Kolonialpolitik sagt. Das ist ganz natürlich. Er enthält nur diejenigen Sachen, mit welchen die Handelskammer sich im Laufe des Jahres beschäftigt hat, über welche vom Senat Vorlagen gemacht sind, über die sie Gutachten abgegeben hat oder zu welchen aus ihrer eigenen Mitte heraus Anregungen gegeben sind. Solche Sache war z. B. die Angelegenheit mit der Royal-Niger-Company. Es hat aber in dem ganzen Jahre kein Anlaß vorgelegen, uns mit Kolonialpolitik zu beschäftigen, und daher konnte man sich in dem Handelskammerbericht auch nicht über Kolonialpolitik irgendwie äußern.

Herr Richter sagt nun: die Hamburger halten die Taschen zu! Es ist ganz gewiß, daß in ganz Deutschland verhältnißmäßig ein ganz geringer Theil von Deutschen sich thatsächlich an der Kolonialpolitik betheiligt hat. (Sehr richtig!) Was die Hamburger speziell veranlaßt, die Taschen zuzuhalten, glaube ich, ist das, daß wir in Hamburg nicht eigentlich auf dem Standpunkte stehen, daß wir verwalten wollen. Wir sind Handeltreibende, wir machen wirthschaftliche Unternehmungen, aber ich glaube, wir in Hamburg sind stets weniger geneigt, da vorzugehen, wo es sich um eine Verwaltungsthätigkeit handelt, welche wir nicht kennen. Man kann sich nur mit solchen Dingen beschäftigen, die man kennt, und verwalten, eine Regierung ausüben in solchen Gegenden, das können die meisten Hamburger nicht. Da ist es natürlich schwierig, sich dafür zu interessiren.

Aber es liegt in unserer ganzen Kolonialpolitik ja noch sehr vieles, was die Sache für Deutschland so ungemein erschwert. Es ist nicht nur das Kapital; es sind im ganzen von Deutschland etwa 6 Millionen Mark für die kolonialpolitischen Unternehmungen hergegeben worden. Man ist in Deutschland ja im allgemeinen zurückhaltend und vorsichtig. Wenn erst ein Erfolg da ist, und wenn erst irgendwie Erfolge erzielt sind, dann, bin ich überzeugt, wird die Sache ganz anders gehen. Es liegt aber auch in anderen Dingen — und das ist mit einer der Gründe, der uns Hamburger, wie ich glaube, etwas zurückhaltender macht — das ist das, daß wir in Deutschland in diesen überseeischen Fragen zum großen Theil nur Personenfragen sehen. Und wo wir uns in Deutschland bisher irgendwie mit Kolonialpolitik befaßt haben, da ist es mir immer vorgekommen, als ob das Geld vielleicht, noch schwieriger aber fast die Person zu finden sei. Man findet Personen, welche allerdings wohl hinausgehen wollen wenn sie ein ganz hohes Gehalt bekommen. Diese Personen gehen für hohes Gehalt hinaus, sie gebrauchen dort ihr Gehalt aber eben so wenig, wie es viele Kapitalisten giebt, die große Summen heute schon in Dingen riskiren und hineinlegen wollen, von denen sie noch nicht wissen, ob sie rentirbar oder nicht, so sind in demselben Maße die Personen zu sehr zurückhaltend, um dies Risiko zu laufen, ohne ein großes Gehalt auf den wirthschaftlichen Werth der Unternehmungen hinauszugehen. Das ist einer der Punkte, der ebenfalls erheblich unsere Kolonialpolitik und ihre Ausführung erschwert. Es liegt in der ganzen Natur der Deutschen bis jetzt: man will wohl ein Risiko laufen seiner Gesundheit, aber schließlich wollen die Leute auch ein gewisses festes Gehalt haben, und ein hohes festes Gehalt, und wo man eine Reihe von Personen gleich mit hohem festen Gehalt hinausschicken wollte, würde ja natürlich die Rentabilität des Unternehmens außerordentlich geschädigt. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn erst die Kolonialpolitik an einigen Stellen wirkliche Erfolge gehabt hat, es dann sehr leicht sein wird, in Deutschland sowohl mehr Kapital als auch die Personen zu finden, welche Opfer bringen wollen, für ein verhältnißmäßig geringes Gehalt zunächst hinausgehen, um dort nicht nur ihre Haut zu Markt zu tragen, sondern auch mit der Chance, sich durch ihre Thätigkeit Geld zu verdienen und ein Vermögen zu erwerben. Wenn wir erst so lange wie die Engländer Kolonialpolitik treiben, so wird es bei uns möglich sein. Aber schwer wird es auch in Deutschland, weil von gewissen Seiten alles geschieht, was nur irgend geschehen kann, um dagegen zu arbeiten. Von gewissen Seiten werden die Leute abgeschreckt, indem man sagt: Riskiren Sie es nicht, da giebt es Fieber! Es wird das Kapital abgeschreckt, weil nachgewiesen wird, es rentirt sich nicht. Alles Mögliche geschieht, nur um zu verhindern, daß irgend welche Unternehmungen Erfolg haben. Gewisse Zeitungen behandeln nicht nur dies, sondern freuen sich sogar über jeden Mißerfolg der Kolonialpolitik. (Sehr richtig!) Das ermuntert natürlich im Großen und Ganzen das in Frage kommende Publikum nicht. Ferner sprach Herr Richter über die Sklaverei in Kamerun und über die Sklavenarbeit. Da weiß er allerdings auch außerordentlich wenig Bescheid; denn in Kamerun sind die Sklaven, welche den Namen „Sklaven" haben, thatsächlich mächtiger als ihre Herren. Sie stehen eigentlich nicht mehr unter ihren Herren, sondern sie waren Sklaven, die sich jetzt vermehrt haben und nun in Kamerun selbst ganz selbständig sind. Sie sind eigentlich freie Sklaven. Sowie man in früherer Zeit Hörige hatte, so sind diese Leute Sklaven dem Namen nach, während thatsächlich selbst die Häuptlinge Angst und Furcht haben vor diesen Leuten, welche nominell noch Sklaven sind, weil sie nicht frei geboren sind. Im übrigen ist es wieder ganz unrichtig, wenn Herr Richter meint, daß in den Faktoreien Sklavenhandel geschieht. Wir haben im großen Ganzen an der Westküste Arbeiter, die an der Küste von Liberia engagirt werden und als Kruleute, als freie Arbeiter in den Faktoreien verwendet werden. Von der Verwendung als Sklaven ist gar nicht die Rede und ich kann Herrn Richter versichern, daß es gerade in neuester Zeit in manchen Gegenden außerordentlich viel leichter gewesen ist, freie Leute zu engagiren, als in früherer Zeit, daß in der letzten Zeit gerade auf den Plantagen, welche wir dort eingerichtet haben, es uns eigentlich sehr leicht gewesen ist, Arbeiter zu finden, welche ohne weiteres gearbeitet haben, und daß von irgend einer Sklavenarbeit absolut nicht die Rede ist. Herr Richter sagt nun noch eins, daß nämlich in den englischen Kolonien die Deutschen ja gerade so gut Absatz finden könnten, wie in den deutschen Kolonien, und daß wir deshalb gar nicht nöthig hätten, deutsche Kolonien zu haben, weil wir in den englischen Kolonien genug Absatz finden könnten. Auf diesen Punkt möchte ich nur eins erwidern, daß gerade das Vorgehen der englischen Niger-Company uns den klarsten Beweis dafür liefert, wie richtig doch von seiten Englands die Oberhoheit gehandhabt wird, für wie wichtig es von England gehalten wird, daß in solchen Gegenden eine bestimmte Regierung eingeführt wird. Und die ganze Rede des Herrn Richter von dem ersten Punkte an, wo er sich, was man gewiß von ihm eigentlich nicht vermuthete, mit den Baseler Missionaren auf eine so sehr freundschaftliche Stufe stellte — ich glaube, die Baseler Missionare werden gewiß nicht sehr erbaut sein, wenn Herr Richter ihre Angelegenheiten vertheidigt und in die Hand nimmt — bis zuletzt war eine Reihe von Unrichtigkeiten, und ich möchte Herrn Richter bitten, wenn er sich weiter mit Kolonialpolitik beschäftigt, daß er doch die Frage im Großen und Ganzen wesentlich gründlicher studirt, als er es bis jetzt gethan hat. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (frs.): Der Vorredner kommt mit allgemeinen Behauptungen, anstatt mit den von mir gewünschten Zahlen. Ich wünschte zu wissen, wieviel Branntwein dort konsumirt wird, wieviel Waffen und Munition u. s. w. eingeführt werden. Diese Zahlen hat Herr Woermann uns vorenthalten. Thatsächliche Belehrungen will ich ja gern von ihm entgegennehmen, obgleich er in dieser Sache gar nicht unparteiisch ist. Er treibt sein Geschäft nach Westafrika, und daß er im Widerspruch mit seinen Geschäftsinteressen sich äußere, kann man nicht erwarten.

Herr Woermann hat von der „Freisinnigen Zeitung" gesprochen. Ich würde es für eine Anmaßung halten, den Reichstag mit der „Freisinnigen Zeitung" zu beschäftigen, noch dazu, wenn es sich um Artikel handelt, die mit der Kolonialpolitik und der Frage von Sansibar in gar keiner Beziehung stehen. Im übrigen, wenn Sie den Wunsch haben, Artikel der „Freisinnigen Zeitung" mit mir zu besprechen, so werde ich auf vorherige Mittheilung dafür sorgen, daß Ihnen und allen Mitgliedern des Hauses die bezüglichen Exemplare unentgeltlich geliefert werden.

Die Schilderungen des Herrn Woermann über die Sklavereiverhältnisse in Kamerun stehen mit denjenigen des Herrn Reichskanzlers im ärgsten Widerspruch. Der H. Reichskanzler stellt es als eine große und nur mit vielen Opfern mögliche Aufgabe dar, diese Sklaverei abzulösen, H. Woermann stellt es so dar, als ob diese Sklaven eigentlich die Herren wären. Ich bin dem H. Reichskanzler sehr dankbar für seine Bemerkung, daß man in solche Verhältnisse, wie dort die Sklaverei, die sich Jahrtausende hindurch ausgebildet haben, nicht eingreifen könne, daß dem so vielerlei Rechte entgegenstehen und ungeheure Summen zur Ablösung nöthig sind. Das ist Wasser in den Wein der allgemeinen Begeisterung, welche glaubt, mit mehr oder weniger Millionen in ganz Afrika andere Verhältnisse herbeizuführen. Um wie viel schwerer noch als in Kamerun wird es in Ostafrika sein, die Verhältnisse von Grund aus umzugestalten? Ich habe in Bezug auf Kamerun auch gar nicht gesagt, daß eine plötzliche Aufhebung der Sklaverei nothwendig wäre, sondern mich nur gewundert, daß nicht einmal über Milderung oder Regelung dieser Verhältnisse bis jetzt irgend eine Bestimmung ergangen ist. Ich habe nicht einmal gewünscht, daß eine bestimmte Grenze gezogen wird über die Verwendung der Sklavenarbeit, weil ich fürchten muß, daß in dem Maße, wie die Plantagenarbeiten sich vermehren, eine Nachfrage nach Sklavenarbeit herbeigeführt wird, und dann die Ausrottung dieser Verhältnisse eher erschwert als erleichtert ist.

Der Herr Reichskanzler sprach über verleumderische vaterlandslose Presse. Darauf erwidere ich: Wir Freisinnigen sind stolz, daß wir noch eine freie, unabhängige Presse in Deutschland trotz allem haben (Lachen rechts; Sehr gut! links), eine Presse die auch dem mächtigsten Manne in Europa, dem Herrn Reichskanzler gegenüber unabhängig ist und sich nicht scheut, auch ihm die Wahrheit zu sagen. (Lachen rechts. Abg. Böckel: Judenpresse!) Hr. Böckel seien Sie doch lieber still. (Große Heiterkeit.) Ich kann nicht mit Ihnen jetzt nicht beschäftigen. Wir würden bedauern, wenn in Deutschland jemals ein Chauvinismus Platz griffe, wie in Schottland, daß wenn ein Häuptling irgend etwas thut oder begeht, dann der ganze Stamm verpflichtet ist, ihm zu folgen, mag er recht haben oder unrecht. Wenn der Reichskanzler sich mit der Haltung der Presse beschäftigen will, so hätte er wahrlich Ursache, sich zu unterrichten, wie die offiziöse Presse es bisher getrieben hat. Sie hat sich in der That die Mißachtung aller anständigen Leute der Welt zugezogen. (Lebhafter Beifall links.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18890117023/fragment/page=0002

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich hebe nochmals hervor, daß eine Vorlage über die Kolonialsache dem Bundesrath bereits vorliegt oder demnächst vorliegen wird, und daß ich dort Gelegenheit haben werde, über die einzelnen Punkte mich auszusprechen. Deswegen lasse ich mich hier, um nicht zweimal auf dieselbe Debatte einzugehen, auf die koloniale Seite der heutigen Diskussion nicht ein. Nur über die Sklavereifrage bemerke ich, daß wir es nicht für richtig halten, wie er es thut, diese Frage mit der Freilassung, sondern damit anzufangen, daß wir nach Möglichkeit verhindern, daß noch mehr freie Leute in den Stand der Sklaverei gebracht werden. (Sehr richtig! rechts.) Diese Frage läßt sich nicht in einem Jahre oder Jahrzehnt erledigen. Es kann für die Zukunft der Moment gedacht werden, wo die Sklaverei in Afrika thatsächlich aufgehoben wird. Aber das geschieht nicht von Dienstag bis Donnerstag. Wir können in wenigen Jahren nicht viel erreichen, aber wir können doch unsern Erben sichere Grenzen für ihre Thätigkeit schaffen, gerade so, als wenn jemand vor 30 Jahren ein Grundstück in Lichterfelde oder sonst wo gekauft hat, und erst jetzt die Zeit kommt, wo es mit Nutzen und Erfolg bebaut und verwertet werden kann.

In Bezug auf das, was der Vorredner über meine Stellung zur Presse bemerkt, bin ich ganz seiner Meinung, daß wir eine freie und unabhängige Presse gebrauchen. Aber ob die Presse, die ich meine, wirklich den Namen frei und unabhängig verdient, das wird Herr Richter vielleicht genauer wissen wie ich. (Sehr richtig! rechts.) Diese Presse ist nicht unabhängig und nicht frei in ihrer Relation von Furcht und Sorge und anderen Einflüssen. Herr Richter verlangt, daß sie immer im Stande sei die Wahrheit zu sagen. Das aber werfen wir ihr gerade vor, daß sie nicht die Wahrheit sagt.

Abg. Stöcker: Die Westküste von Afrika ist der klassische Boden, um die bisherigen Maßnahmen zur Verhinderung der Sklaverei zu prüfen. Das Kreuzen der Schiffe zum Abfangen von Sklavenschiffen hat allmälig zu einer Verminderung des Sklavenhandels geführt. Wenn dieser aufhört, giebt es keine Sklaverei mehr. In Kamerun muß man unterscheiden zwischen der Sklaverei, die wir aus der Geschichte kennen, und der, wie sie in Afrika existirt. Der gewöhnliche Neger kennt und mag nicht den Zustand absoluter Freiheit. Es existirt da aber keine Sklaverei, da kein Verkauf mehr stattfindet, und es kein gesetzliches Mittel giebt, die Leute in ihrem Dienstverhältniß festzuhalten.

Ich halte das Verbot der Schnapseinfuhr für außerordentlich nützlich und nothwendig, denn ohne dasselbe sind die Völkerschaften, die wir eben unter die deutschen Flügel zu nehmen beabsichtigen, in Gefahr, zugrunde gerichtet zu werden. Denn was die Missionen segensreich wirken, kann mit Schnaps wieder vertilgt werden. Es ist zwar sehr schwierig, mit einem male den ganzen Handel zum Stillstand zu bringen, aber ich möchte den verbündeten Regierungen die Frage so dringend als möglich ans Herz legen. Wenn man einmal in die Kolonialpolitik hineinkommt, geht es ohne Opfer an Geld, Blut und Menschenleben nicht ab. Ich habe noch niemals gehört, daß Deutsche vor einer großen Aufgabe zurückschrecken, weil sie Opfer kostet. (Beifall rechts.) Das ist der Presse von links vorzuwerfen, daß sie, anstatt das Volk zu diesem großen patriotischen Standpunkt zu erziehen, mit Schadenfreude alle ungünstigen Dinge, die hier und da passiren, in Betracht zieht. Das ist nicht würdig einer großen Nation, und es ist nicht deutsche Sitte, wenn es einmal nicht ganz gut geht, die Fahne zu verlassen. (Beifall rechts.) Wenn Schwierigkeiten kommen, dann wacht der alte deutsche Eifer erst recht auf und wird hin und wieder zu einer Art von furor teutonicus. Das ist noch lange kein Chauvinismus (Sehr richtig! rechts. Lachen links!), sondern einfaches nationales Ehrgefühl. Wer in den letzten Monaten die Aeußerungen der freisinnigen Presse und ihre Auffassung im Auslande beobachtet hat, der muß sich sagen, daß es auch in unserem Volke eine Reihe von Menschen und Blättern giebt, die nicht auf nationalem Standpunkte stehen. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Nicht frei von Rücksicht auf Börse, Judenthum und Kapitalismus. (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. Woermann (nl.): Herrn Richter erwidere ich, daß ich ihm keine Zahlen vorenthalten habe. Ich kann aber die Berechtigung nicht so ohne weiteres anerkennen, daß er von mir über mein Geschäft Zahlen verlangt (Aha! und Lachen links). — Herr Richter wirft mir persönliches Interesse vor. Wer soll denn aber schließlich sprechen? Etwa nur diejenigen, welche kein Interesse an der Sache haben und dies daher nicht so genau wissen können? Herr Richter hat ja ebenfalls persönliches Interesse; denn in der „Freisinnigen Zeitung" wird Tag für Tag Stoff zur Opposition aus den afrikanischen Vorkommnissen gezogen. Herr Richter lebt von seiner Presse und ich lebe von meinen afrikanischen Geschäften (Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne erhebliche Debatte der Rest der fortdauernden Ausgaben.

Bei den einmaligen Ausgaben, Titel 2 „Beihilfe und Förderung der auf Erschließung Central-Afrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen 150,000 M." führt

Abg. Dr. Bamberger (frs.) aus: Ich weiß wohl, daß man bei der Sklavenfrage eine Trennungslinie gezogen hat zwischen Sklavenjagd und Handel auf der einen Seite und der Sklaverei als solcher auf der anderen Seite. Die Ostafrikanische Gesellschaft hat aber früher eine ganz andere Stellung zur Sklavenfrage eingenommen, indem sie sich für das Bedürfniß der Anerkennung der Sklaverei aussprach. Ich erinnere an die Erklärung des Grafen Pfeil. Herr v. Kardorff meinte vorhin, daß wir in Afrika ein großes Absatzgebiet haben würden. Aber wir haben ja auch in anderen Ländern Absatzgebiete. Wenn man nur den Handel treiben wollte, wo man Kolonien hat, dann wäre unser Handel allerdings nicht sehr groß. Wenn die Franzosen ungezählte Millionen für Hirngespinnste und Renommistereien auswerfen, so kann uns das nicht als Vorbild dienen, und ich rechne es den Hamburgern zur Ehre an, wenn sie sich aus Rücksicht auf den eigenen Geldbeutel nicht zu gewagten Unternehmungen verführen lassen. Sie wägen erst und dann wagen sie. Wenn die Sache aber gut ist, werden auch die Hamburger etwas daran geben.

Ich weiß nicht, welche Gründe das Deutsche Reich haben sollte, für diesen Titel noch höhere Ausgaben als bisher zu machen. Wir haben von der südwestafrik. Kolonie nichts näheres gehört; sie existirt nur auf dem Papier. Aus den Berichten des Reichskommissar Göring geht hervor, daß die Gesellschaft dort abgewirthschaftet hat. Es sei kein Wasser vorhanden, der Versuch, artesische Brunnen anzulegen, sei vergeblich gewesen, jede Aussicht, Viehzucht und Ackerbau zu treiben, sei durchaus nichtig. Auch die Hoffnungen auf Bergwerksunternehmungen haben sich als vergeblich erwiesen. Dem gegenüber ist doch die Frage angezeigt; sollen wir eine jährliche Ausgabe bewilligen für die Beaufsichtigung eines Landes, für das gegenwärtig gar nichts mehr geschieht und einer Compagnie gegenüber, die nur etwa noch 200,000 M Vermögen besitzt? Das Bureau Reuter hat nun noch berichtet, daß zwischen unserer Reichsvertretung und Kamaharero ein Mißverständniß aufgetreten sei, daß Kamaharero plötzlich erklärt habe, alle Konzessionen; die er gegeben habe, seien null und nichtig gegenüber älteren Ansprüchen eines Engländers Lewis. Ich weiß ja nicht, was an den Dingen ist; sollte der Bericht richtig sein, so könnten wir vielleicht erleben, daß die Rechtstitel der Ostafrikanischen Gesellschaft ebenso wenig bedeuten. Wenn ich aber auch annehme, daß diese Ansprüche gerecht sind, was soll dann geschehen, haben wir denn die Macht, dort mit Gewalt vorzugehen? Wenn ich mich noch so sehr auf den deutschen Standpunkt stelle, daß ich sage, das Programm, das uns gemacht ist, die Bestrebungen Deutscher in überseeischen Ländern zu unterstützen, wenn sie festen Fuß gefaßt haben, erkenne ich an, so erscheint mir ein Vorgehen wie hier doch bedenklich. Wir stellen uns nicht auf den Standpunkt, daß wir ohne Untersuchung, ob etwas lebensfähig ist oder nicht, sobald Landsleute von uns sagen, wir wollen hier eine Kolonie errichten und die deutsche Flagge hissen, uns für verpflichtet halten, zum Ruhme des Vaterlandes hinterher zu laufen und auf alles einzugehen: Wer deutschen Patriotismus und Sinn für die deutschen Interessen hat, braucht deshalb doch nicht gleich für jeden einzutreten, der hinausgeht, um in Afrika oder Asien oder in der Südsee Kolonien zu gründen. Wir müssen auf das energischste dagegen protestiren, daß man jeden für einen schlechten Patrioten erklärt, der nicht will, daß das Geld unserer Steuerzahler und das Blut unsererer braven Marinesoldaten vergossen wird aus ganz geringfügigen Anlässen. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich habe dem Vorredner zu erwidern: patriotisch gesinnt ist es gerade nicht, wenn er öffentlich Partei nimmt gegen die Regierung seines Landes in einer Frage über die sie im Augenblick in Unterhandlung mit der betheiligten ausländischen Regierung steht. (Zustimmung und Beifall). Der Redner hat und in den Verhandlungen, in denen wir augenblicklich mit England stehen, aufs erheblichste geschädigt, und wenn sie mißlingen, mache ich ihn dafür verantwortlich. Der Vorredner ist der Meinung gewesen, daß es bei der ersten Unternehmung des Herrn Lüderitz im Programm unserer Kolonialpolitik gelegen hätte, auf die Sache einzugehen und die Bemühungen dieses thätigen Reichsangehörigen zu schützen und zu decken. Nun gut: wie haben sich denn seitdem die Dinge gestaltet? Ich will nicht, wie Herr Woermann vorhin dem Abg. Richter, so jetzt dem Abg. Bamberger Unbekanntschaft mit den Dingen vorwerfen, über die er gesprochen hat und Unwissenheit in den Dingen, die er öffentlich behandelt. Ich bin auch gar nicht imstande, ihm vollständig, ohne die Interessen der Betheiligten zu schädigen, klar zu legen, wie die Sache liegt. Ich kann ihm blos so viel sagen, daß er nichts davon weiß und daß gerade diese Kolonien und ihre Hoffnungen sich in den letzten Jahren sehr günstig und für die Zukunft versprechend entwickelt haben, und daß wir, wenn dies nicht der Fall wäre, diesen englischen Einbruch und diese englische Allopalität gar nicht zu befürchten gehabt hätten. (Hört! hört!) Nicht um eine Sandwüste laufen die Engländer hunderte von Meilen über Land mit Wagen und Pferden, um Verabredungen anzufechten, die wir mit der englischen Regierung getroffen haben, auf eigene Hand und eigene Verantwortung. Daß da etwas dahinter steckt, was des Schutzes des Reiches werth ist, das hätte der Abgeordnete aus der Expedition Lewis, die ihm bekannt zu sein scheint, entnehmen können. Er scheint aber anzunehmen, daß die Engländer und Abenteurers wie dieser Lewis dumm genug sind, um einer Sandwüste nachzulaufen, vor deren Besitz er das Deutsche Reich warnt und abzuschrecken wünscht. Das ist ein Mangel an Kombinationsgabe und Ueberlegung, den ich sonst bei dem Vorredner nicht gewohnt bin. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Der Abgeordnete hat gesagt, mit der Gewalt und Exekution des Reiches ist dort nichts zu machen. Das mag allerdings richtig sein, obschon ich das doch nicht so unbedingt zugeben möchte. Ich weiß nicht, warum sich die Gesellschaft nicht gegen die 70 bewaffneten Leute von Lewis mit 170 bewaffneten Eingeborenen, die sie dort miethet und organisirt, und mit dem Bündniß derjenigen Stämme, die Kamaherero nicht ganz wohlgesinnt sind, wieder heraushelfen soll.

Unwillkürlich werde ich trotz meiner wiederholten Weigerungen gewöhnt, auf die Kolonialdebatte heute einzugehen, weil ich Unwahrheiten und Irrthümern, wie sie in der Rede des Vorredners zu finden sind, nicht 3 und 4 Wochen oder auch nur 14 Tage Vorsprung in der Diskussion lassen möchte. Glaubt denn der Abgeordnete, daß wir im Auswärtigen Amt so einfältig und verschwenderisch sind, daß, wenn wir uns überzeugen könnten, daß wirklich nichts wie eine Sandwüste da ist, wir dem Reichstag dann zumuthen wollten, für diese Wüste einen Beamten zu bewilligen und größere Summen dafür aufzuwenden? Das ist doch eine Geringschätzung unserer Einsicht und unserer Ehrlichkeit, die wir in der That nicht verdienen. Wir haben eine mühselige Arbeit (Sehr wahr!), wir mußten im Auswärtigen Amt 5000 Nummern und mehr in einem Jahre erledigen. Etwas anderes haben wir nicht davon. Ich weiß gar nicht, aus welchen Gründen der Abg. Richter die Schnapsfrage berührt hat. Wie kommt es, daß er jetzt mit einem male theuren Schnaps als Wohlthat für die Bevölkerung ansieht? Warum will er diese Wohlthat nicht auch seinen eigenen Landsleuten zuwenden? (Große Heiterkeit.) Warum schenkt er nicht unserer nächsten Umgebung gleiche Aufmerksamkeit, wie Kamerun? Das sind alles Sachen, von denen ich nicht begreife, wie man eine Wohlthat so weit nach Afrika hin verwenden kann, wo man doch hier schon unmittelbar vor dem Halleschen Thor Anwendung machen könnte. (Beifall.)

In Bezug auf Südwestafrika möchte ich mittheilen, daß wir mit England durch einen Notenaustausch Abmachungen getroffen haben, wonach England nach Osten den 20. Längengrad und nach Süden den 22. Parallelkreis als Grenze seiner Besitzungen ansieht. Wir haben also Hoffnung, von den bezeichneten Engländern Beistand gegen diesen räuberischen Einfall von Lewis zu finden. Das wird Zeit gebrauchen. Aber wir haben das feste Vertrauen zu der englischen Regierung, daß sie das Unternehmen von Lewis nicht billigen und nicht unterstützen wird. Die Zwischenzeit können wir leider nicht abkürzen. Die Sache entscheidet sich also in diesem Falle nicht an Ort und Stelle, soweit die Gesellschaft betheiligt ist, sondern sie wird in den Verhandlungen zwischen uns und England zur Entscheidung kommen. Wenn aber hier von einem hervorragenden Abgeordneten des Deutschen Reichstages unsere ganze Existenz dort als werthlos, die abgeschlossenen Verträge als zweifelhaft geschildert werden — mit welcher Wirkung soll ich dann den englischen Unterhändlern gegenübertreten? Die Engländer halten sie nicht für werthlos, aber sie werden das Zeugniß des Abg. Bamberger dafür anführen, daß gar nichts davon zu halten ist, und daß er selbst, dieser deutsche Patriot, (Gelächter rechts), die Verträge als zweifelhaft bezeichnet hat. Wenn Sie dem Vaterlande im Reichstage keine wirksamere Unterstützung gewähren wie diejenige, die wir in der schwebenden Unterhandlung aus den Aeußerungen des Abg. Bamberger schöpfen können, dann würde ich Ihnen wirklich sehr dankbar sein, wenn Sie in solchen Fällen vorher sich mit mir besprechen. Ich würde Ihnen dann vielleicht ein Rendezvous auf spätere Zeit geben, wenn unsere Verhandlungen mit England beendet und abgeschlossen sind, oder vielleicht würden Sie dann äußerlich wenigstens mir zugeben, daß die Landesinteressen augenblicklich Schweigen erfordern. Das traue ich Ihnen zu. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bamberger (dr.): Ich habe nur Dinge vorgebracht, die bereits vor drei Jahren bekannt waren. Auch der Rechenschaftsbericht, den die Südafrikanische Gesellschaft unter ihren Mitgliedern vertheilt hat, ist veröffentlicht worden. Ich habe mich begnügt zu fragen, ob die Regierung im Stande wäre, uns etwas mehr zu sagen. Das ist in allen Parlamenten ein allgemeines Herkommen und immer sehr wohlwollend aufgenommen. (Sehr richtig! links.) Privatim können wir den Herrn Reichskanzler nicht fragen. Er hat sich mit uns nicht auf einen so urbanen Fuß gestellt. Die Zeit ist vorbei, wo ich mich in nähere Beziehungen mit ihm einlassen konnte! (Unruhe rechts.) Ich muß mich also auf den amtlichen Verkehr hier im Reichstage beschränken.

Ich darf vielleicht an einen abwesenden Herrn appelliren, einen Doctor theologiae von Gießen, der einmal den berühmten Ausspruch gethan hat, er immer mehr lerne, die Meinungen anderer Leute zu dulden und anzuerkennen. (Große Heiterkeit.) Wenn der Herr Reichskanzler wieder nachhause kommt, möchte ich ihn bitten, sich einmal mit diesem Doctor theologiae zu unterhalten, ich vermisse heute diese Duldung an ihm. (Heiterkeit.)

Der Herr Reichskanzler hat uns auch Unwissenheit vorgeworfen. Einem berühmten Mann und einer schönen Frau steht bekanntlich alles (Heiterkeit); er kann die allerunmöglichsten Dinge sagen, und doch wird er immer ein Bravo finden. (Sehr gut! links.) Ich stütze mich nur auf das, was meine eigene Logik und meine Erfahrungen sprechen, und ich habe mich immer redlich bemüht, so lange ich im deutschen Reichstag bin, mir ein möglichst objektives Urtheil über unsere Politik zu bilden.

Der Herr Reichskanzler fragt, was die Regierung davon habe, daß sie diese lästigen Geschäfte besorge mit ihren 5000 Nummern. Ich glaube, wenn wir nur 25 Nummern hätten, wäre das dem Deutschen Reiche besser. (Oho! rechts.) Und was habe ich denn davon? Ich gehöre einer kleinen und verfolgten Minorität an. Ich könnte mich ja auch in die Majorität hineinbegeben und mich des Beifalls des Herrn Reichskanzlers erfreuen, wie es früher der Fall war. Was habe ich davon? Nichts anderes als der Herr Reichskanzler. Ich verlange nicht mehr und nicht weniger von ihm, als daß wir jeder unsere Pflicht thun, nach unserem besten Wissen und Gewissen (Beifall links), und das thue ich hier auch (Beifall links), und ich glaube eben dem deutschen Vaterland mehr zu dienen, indem ich vor kolonialen Abenteuern warne, als indem ich sie ermutige. Denn was in den letzten 4 Jahren auf Seiten der Kolonialpolitik geschehen ist, giebt mir viel mehr Recht als dem Herrn Reichskanzler. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Wenn der Abg. Bamberger an meine Duldsamkeit als Doctor theologiae appellirt, so verstehe ich seine Gründe dazu zu vollkommen. Aber wenn ich finde, daß Sie die Interessen des Vaterlandes, zu deren Vertretung ich hier an erster Stelle berufen bin, schädigen, so können Sie von mir darin keine Duldsamkeit verlangen. Ich werde nie so weit in meiner Duldsamkeit gehen, daß ich zulasse, daß in einem Augenblick, wo wir mit dem Auslande verhandeln, die Rechtstitel, auf die wir uns berufen, als zweifelhaft und ungiltig von einem parlamentarischen Redner hingestellt werden. Der Vorredner hat uns mit Sarkasmus den Vorwurf der diplomatischen Geheimnißkrämerei gemacht. Ich habe gar keine Geheimnißkrämerei getrieben. Ich habe nur gesagt, ich wäre nicht berechtigt, die großen Interessen kund zu geben, die die deutschen Unternehmer an dieser Sache haben. Das ist doch auch keine nützliche und patriotische Bestrebung, hier den Kredit der Gesellschaft und ihre Hoffnungen durch alles, was dazu beitragen kann, zu stören und zu vernichten. Das ist unpatriotisch, und ich würde mich durch keine Leidenschaft des Hasses gegen irgend einen Minister fortreißen lassen, unter höflichen und honigsüßen Phrasen solche Bosheiten vorzubringen. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Es liegt im Charakter der Deutschen auf Abenteuer auszugehen, und so haben wir uns auch hier gern auf ein bischen Abenteuer eingelassen. (Aha! links.) Man bedenke aber auch, daß jährlich 200,000 Deutsche ins Ausland gehen, die besser für die Kolonien verwandt würden. Hätte Herr Bamberger seiner Zeit nicht die Samoafrage so behandelt, so würden wir dort nicht jenes Blutvergießen zu beklagen haben. Diese Verluste können die Herren sich auf ihr Konto schreiben.

Abg. Dr. Bamberger: Ueber Samoa bin ich gern bereit, mich mit jedem zu unterhalten. Ich freue mich noch heute über den Erfolg, den ich damals erzielt habe. Hätte man auch weiter so verfahren, so wären wir vielen Ungelegenheiten entgangen.

Auch ich habe Gefühl für die Leute, die ins Ausland gehen müssen, aber ich will nicht, daß sie so elend zugrunde gehen sollen, wie sie es in Ostafrika thun würden.

Ich verstehe nicht, wie die Ausführungen eines Freisinnigen und überhaupt die Stellungnahme dieser kleinen Partei einen so großen Einfluß auf die auswärtige Politik ausüben kann, wie der Herr Reichskanzler es darstellt.

Reichskanzler Fürst Bismark: Es muß immer eine schlechte Wirkung ausüben, wenn hier ein Abgeordneter die Ansprüche unserer Landsleute als werthlos bezeichnet. Ich konstatire aber mit Genugthuung, daß die große Majorität des Reichstags vom deutschen Volke und seiner Beharrlichkeit und seinen nationalen Bestrebungen eine höhere und bessere Meinung hat, als die Minderheit, die uns gegenüber steht. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (dfx.): Ich muß dem Herrn Reichskanzler bemerken, es ist ein Unterschied, ob man in Norddeutschland bei kaltem Klima den Schnaps für ein Bedürfnis des Volkes erklärt oder ob man im tropischen Klima die Branntweineinfuhr derart befördert, wie es jetzt der Fall ist. Südwestafrika mit den holländischen Kolonieen zu vergleichen, ist so unglücklich wie möglich. Diese Kolonien sind unter ganz anderen und günstigeren Verhältnissen vor Jahrhunderten begründet und existiren heute noch, allerdings auch nur mit großen Krisen. Dagegen nun Südwestafrika, wo nichts besteht als Nomadenstämme, etwas Viehzucht auf einem Boden, der absolut keinen Ackerbau verträgt, ein Land das des Wassers und Holzes entbehrt. Auf mich hat es einen großen Eindruck gemacht als der Herr Reichskanzler 1885, nachdem Herr Bamberger ausgeführt hatte, wenn nun diese handeltreibenden Gesellschaften Mißerfolg haben, so werden wir aufgefordert werden, von Reichswegen für sie einzutreten, wörtlich sagte: „Wie kann man das von mir annehmen, daß ich dann mit der den Deutschen eigentümlichen Schwerfälligkeit eine solche mißglückte Frage als eine nationale erkläre; wenn Sie jemals einen solchen Reichskanzler hätten, so müßten Sie ihn fortjagen. Ich führe dies an ohne jeden Nebensinn (Lachen rechts), ohne dem Herrn Reichskanzler Vorwürfe machen zu wollen, daß er selbst solche Fragen damals viel ruhiger ansah als heute. Mir scheint in der That, daß er in dieser Frage nicht genügend unterrichtet gewesen ist. Was er aks neue Informationen vortrug, sind ja allbekannte Geschichten vom vorigen Frühjahr. Die damaligen Expeditionen sind bekanntlich angelockt worden durch die neuen Goldfunde. Von denselben sind nur Mißerfolge berichtet worden. Die Goldgräberei lohnt nur dann, wenn man mit Stampfwerken arbeiten kann, was nicht möglich sei, weil Wasser und Kohlen nicht zu haben sind. Deswegen ist es ganz aussichtslos, in Angra-Pequena Mineralschätze zu heben.

In den letzten Wochen ist eine Neuerung eingetreten, welche die ganze Motivirung in diesem Stat hinfällig macht und uns berechtigt, nach der Begründung für die Einwilligung zu fragen. Wenn es genügte, an den guten Willen des Auswärtigen Amts zu glauben, dann wäre es richtiger, diese Summen überhaupt im Pauschquantum zu bewilligen; wenn wir aber einen Theil der Verantwortlichkeit tragen sollen, müssen wir auch Aufklärung über die thatsächlichen Verhältnisse verlangen. Was ist nun geschehen? Ein Engländer Lewis ist mit der Behauptung aufgetreten, daß ihm von Kamaherero, bevor dieser einen Vertrag mit Deutschland geschlossen, Minenrechte übertragen seien. Es ist zweifellos der Vertrag mit Deutschland rechtsverbindlich; es fragt sich nun thatsächlich, ob vorher irgend welche Rechte an einen Engländer von einem Häuptling übertragen sind. Dieselbe wird nicht geleugnet, daß uns Rechte nur mit dem Vorbehalt früherer Rechte übertragen sind. Die Frage, ob früher an einen Engländer Rechte abgetreten sind, ist eine einfache Frage des diplomatischen Verkehrs. Dem hat der Abgeordnete Bamberger in keiner Weise präjudizirt.

Wenn der Reichskanzler diese Frage hier nicht erörtert wissen wollte, hätte eine Erklärung folgen müssen, daß, seitdem diese 80,000 Mark gefordert und motivirt sind, dort solche Veränderungen eingetreten sind; und es hätte diese Frage aus Ende der Budgetberathung gestellt werden können. Dann hätten wir darüber geschwiegen. Aber wenn plötzlich neue Forderungen gestellt werden, dann würde ein Parlament, das auf sein Recht, die Motivirung zu verlangen, verzichtet, nicht werth sein zu bestehen. — Woher kommt plötzlich der erregte Ton der Debatte? seit dem Augenblick, wo der Herr Reichskanzler unter uns erscheint, ist er da. Wir verargen ihm gar nicht, wenn er uns sachlich so schneidig und scharf gegenübertritt, wie es ihm möglich ist; aber wir verargen ihm, daß er bei jeder Gelegenheit uns den Mangel an Patriotismus zum Vorwurf macht. Das ist es, was den häßlichen Ton verursacht und dafür machen wir ihn verantwortlich. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.)

Ich finde es ja erklärlich, daß der Reichskanzler nach manchen Vorgängen in der letzten Zeit sich in einer gewissen Erregung befindet (Lachen rechts). Es mag ja dem Herrn Reichskanzler auch ungewöhnt sein, nachdem er den Reichstag in den letzten zwei Jahren so selten beehrt, daß nunmehr er, der große, mächtige Mann, der nur gewöhnt ist, mit Untergebenen zu verkehren, hier seine Ansicht vertreten soll. Wir sehen ihm soviel nach, wie wir es bei einem so verdienten Mann thun müssen aber alles

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18890117023/fragment/page=0003

hat zuletzt seine Grenzen an unserer eigenen Verantwortlichkeit (Beifall links).

Wenn nun Herr v. Kardorff Samoa zur Sprache gebracht hat, so wünschte ich auch darüber ein Weißbuch der Regierung. Wir haben ein Recht, zu wissen, wie die Streitigkeiten sich dort zugespitzt haben. Aber zu sagen, wenn damals die Reichsgarantie bewilligt worden wäre, dann wäre jetzt nicht das Gefecht entstanden, das ist so willkürlich wie möglich. Gerade seitdem wir Kolonialpolitik treiben, haben wir auf diesem Gebiete so viel von Streitigkeiten und Verlusten gehört, wie früher in 100 Jahren nicht in Deutschland (Lachen rechts), und dies alles trifft zum großen Theil die Schutzgebiete. Jene Ablehnung der Garantie hat nicht verhindert, daß das Unternehmen von Godeffroy überging an eine Plantagengesellschaft. Sie hat das Unternehmen selbständig betrieben, hat aber, wie damals gerade Herr Bamberger und noch eindringlicher Herr H. A. Meyer in Bremen hervorhob, schlechte Geschäfte gemacht, weil die wirthschaftlichen Unterlagen dieses Unternehmens durchaus unhaltbar waren. Sie soll von den 25 Millionen in den 10 Jahren 20 Millionen verloren haben. Wenn wir die Garantie übernommen hätten, so hätte ein Theil des Verlustes aus der Reichskasse gedeckt werden müssen. Daß dies nicht geschehen, dafür müssen wir dem Abg. Bamberger dankbar sein.

Herr v. Kardorff spricht von den 200,000 Mann, die jährlich in das Ausland auswandern. Bis jetzt hat niemand einem deutschen Auswanderer ein deutsches Schutzgebiet empfohlen. (Widerspruch rechts.) Nein, für den deutschen Arbeiter und Handwerker ist da kein Platz, weil arbeiten in dem Klima unmöglich ist. Auch die Beamten und Großhändler vermögen es höchstens drei Jahre auszuhalten. Wir haben schon sehr viele Deutsche am Fieber verloren.

Herr v. Kardorff sagte: Auf ein bischen Abenteuer sind wir Deutsche immer versessen gewesen. Wir wollen aber nicht, daß unsere auswärtige Politik zu den ernsten Sorgen in Europa noch in anderen Ländern auf Abenteuer ausgeht. Wir sind in diesem Augenblick in so scharfer Opposition, weil die Kolonialpolitik eine Wendung nehmen soll, die sie viel gefährlicher macht und die uns geeignet scheint, die Regierung auf solche Bahnen zu führen, auf denen die Franzosen nach Tongking und die Italiener nach Massaua gekommen sind. Wenn man auf Abenteuer ausgehen will, soll man die Kosten aus eigener Tasche zahlen, nicht aus der des deutschen Volkes. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich bin verantwortlich beschäftigt, während Herr Richter niemandem verantwortlich ist. Ich begreife nicht, wie Herr Richter sich so sehr über eine Vermehrung der Polizeimacht in Südafrika aufregt, das ist doch kein Gebiet, worüber ein so großer Mann, ein so berühmter Redner, der Selbstherrscher der demokratischen Partei, die Regierung interpellieren kann. Herr Richter hat ohne Rücksicht auf die auswärtige Lage Opposition gemacht. Wenn in anderen Ländern die Regierung erklärt, wir verhandeln augenblicklich nicht darüber, dann ist die Sache todt. Man würde es für eine Schädigung des Landes halten, weiter darüber zu sprechen. Nur bei uns wird die Opposition aufrecht gehalten.

Herr Richter kann sich nicht darüber beklagen, wenn meinerseits, der ich verantwortlich bin für die Vorgänge unserer Politik, sein Patriotismus, seine Reichsfremdschaft mindestens nicht so veranschlagt wird, wie die der Mehrzahl seiner Kollegen. Das ist ja auch nur eine relative Schätzung und nicht verletzend; denn ich schätze den Patriotismus der Mehrzahl sehr hoch und den des Abg. Richter nicht ganz so hoch. In den Angriffen, die er meiner Regierungsweise seit 20 Jahren entgegenbringt, streiten zwei dämonische Leidenschaften: die Liebe zum Vaterlande und die Abneigung gegen den Reichskanzler (Heiterkeit). Aber nachdem ich Herrn Bamberger vorgehalten hatte, das ist uns unbequem, da denkt er: Aha, das ist ein wunder Punkt, da wollen wir dran! (Heiterkeit.) Herr Richter hat bei mir dasselbe Leiden, wie bei ihm, Aufregung, vorausgesetzt. Das ist nicht richtig, ich bin vollkommen ruhig, und es ist mir angenehm, mich mit ihm zu unterhalten (Heiterkeit rechts). Von dem, was in Samoa geschieht, erhalten wir nur spät Nachricht. Die Telegramme sind sehr theuer und kommen erst nach 3 Wochen oder 14 Tage Seefahrt hier an. Wenn wir Berichte haben, werden wir unsere Maßregeln treffen. Dann wird Herr Richter vielleicht eine Blumenlese der Kritik von Handlungen der Regierung daraus machen können (Heiterkeit).

Ich bin Herrn Richter dankbar, daß er mir seinen Freunde Bamberger gegenüber in betreff der Rechtsgiltigkeit der Verträge zuhilfe gekommen ist. Wir können jetzt also seine Autorität gegen die von Herrn Bamberger geltend machen (Heiterkeit). Ich muß sagen, daß Herr Bamberger in wohl überlegter Weise die Verhandlungen der Regierung geschädigt hat. Er erscheint daher bei mir in einem viel weniger günstigem Licht als früher (Heiterkeit).

Abg. Simonis erklärt, nach den Ausführungen des Reichskanzlers auf eine eingehende Erörterung der Frage zu verzichten.

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Bamberger (persönlich): Der Herr Reichskanzler hat bemerkt, daß ich durch mein Verhalten die Verhandlungen der Regierungen geschädigt habe. Ich habe die Vorstellung, daß das parlamentarisch nicht erlaubt ist, es giebt aber noch etwas Schlimmeres als parlamentarisch unerlaubt. Das ist nicht anständig.

Präsident v. Levetzow: Herr Bamberger hat gesagt, daß der Vorwurf des Herrn Reichskanzler anständigerweise nicht erlaubt sei. Das ist unparlamentarisch und ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Bamberger: Es ist doch das erste mal, daß solche Bemerkungen, wie die des Reichskanzlers unbeanstandet im Reichstage durchgegangen sind. (Sehr richtig! links.)

Abg. Richter (persönlich): Ich muß mich gegen den Reichskanzler verwahren, als ob ich irgendwie aus Haß oder Liebe zu ihm mein parlamentarisches Verhalten einrichte. Ich habe im Laufe meiner Thätigkeit für und gegen ihn gestimmt immer aus sachlichen, nicht aus persönlichen Rücksichten.

Der Reichskanzler hat sich erlaubt, Vergleiche über den Grad meines Patriotismus und desjenigen anderer Mitglieder anzustellen. Der Reichskanzler sollte zu hoch stehen, solche Ausfälle zu machen, welche mir die Schwäche seiner Sache bekunden. Der Reichskanzler hat sich heute wahrlich nicht mit neuem Ruhm bedeckt.

Hierauf wird der Titel bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung: Etat: Reichsamt des Innern, Reichsjustizverwaltung, Reichsheer, Reichskanzleramt.)

(Schluß 5¼ Uhr.)

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 15. Jan., 12 Uhr.

Seit der letzten Session sind verstorben: v. Hatten, v. Farenscheid, Altgraf Salm-Reifferscheid-Dyk, Professor Beseler, Graf v. Haugwitz-Hardenberg-Reventlow, Graf v. Redern, Graf Pückler-Schedlau. — Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Zu Quästoren werden v. Oehlschläger und Borries wiedernannt.

Sodann wird der Gesetzentwurf betr. die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden in der Provinz Posen einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 12¾ Uhr.

Waaren- und Produktenberichte.

Kaffee.

* Hamburg, 15. Jan. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack.
* Hamburg, 15. Jan., vorm. 11 Uhr Good average Santos per Jan. 76½, per März 79½, per Mai 80½, per Sept. 80¾. Ruhig.
* Hamburg, 15. Jan. nachm. 3 Uhr 30 M. (Schlußbericht) Kaffee good average Santos per Jan. 78, per März 79, per Mai 79¼, per Sept. 80. Behauptet.
* Havre, 15. Jan. Vorm. 10 Uhr — M. (Telegramm von Pelmann, Ziegler & Comp.) Kaffee. Neu-York schloß mit 5 Points Hausse. Rio 18,000, Santos 13,000 Sack Recettes 2 Tage.
* Havre, 15. Jan. Nachm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Pelmann Ziegler & Comp.) Kaffee good average Santos per Jan. 98,00, per März 98,75, per Mai 99,25. Ruhig.
* Amsterdam, 15. Jan. Java-Kaffee good ordinary 49½.
* New-York, 14. Jan. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 17. Rio Nr. 7 low ordinary per Febr. 15.22, per April 15,20.

Sämereien.

M Petersburg, 15. Jan. (Telegr.) Leinsaat loco 12,70.

Hanf.

M Petersburg, 15. Jan. (Telegr.) Hanf 45,00.

Leipziger Börse vom 15. Januar.

Zf.	Kgl. Sächs.		Mk.	
3	Renten-Rtl.			94,70 G
3	do.		1000	94,70 G
3	do.		500	94,80 G
			Thlr.	
3½	Staatsanl. 1855		100	98,00 B
4½	do. 1847		500	101,30 G
4½	do. 1870		100	105,40 bz
4	do. 67 abs½		500	105,40 bz
3½	Landrentenbr.		500	100,25 G
	Eisenb.-St.-Akt.			
9½	Altenburg-Zeitz			181,00 G
17½	Aussig-Teplitz			397,00 G
7½	Böhm. Westb. [5%]			135,90 B
8	Buschtiehrad. Lit. A.			146,00 G
6	do. do. B.			138,25 G
7½	Dux-Bodenbach			188,50 G
5½	Erz.-Jos.-B. [5%] g.			—,—
	Eisenb.-St.-Pr.-St.			
8½	Altenburg-Zeitz			164,00 G
7½	Dux-Bodenb. Lit. A.			—,—
7½	do. do. B.			—,—
	Bank- u. Kred.-Pt.			
9	Allg. D. Kr.-A. Lpz.			189,25 G
7	Dresdener Bank			155,75 bzG
0	Gerner Bank			90,00 G
5½	do. Hdls.- u. Krdtb.			103,50 G
5½	Gothaer Privatbank			114,60 G
5	Leipziger Bank			135,00 bzG
4½	do. Pasen-Verein			103,00 B
—	do. Disk.-Gesellsch.			—,—
4	Sächs. Bank			110,50 G
0	Weimar. Bank, abgst.			105,00 G
7	Zwickauer			102,40 B
	Ind.-Akt., Pr. u. Stamm-Prior.			
2½	Chemn. Wertz.-M.-Spn. (Zimmerm.)			101,30 G
10	Gräfin. Papierfabr.			167,00 G
—	5% do. Schuldverschr.			101,50 G
0	Dörfelmühle-Kattun.			66,25 bzG
0	D. B. M. (Sonderm. u. Stier) Borg.-A.			35,50 G
4½	Gerner Zuteig. u. B.			103,75 G
6	Germania (Schw. u. Sohn)			139,00 bzG
6	Hallesche Straßen-B.			137,50 B
0	Kettenbtl.-Gel.-Akt.			81,25 bz
0	Nordstd. Zuckerfabr.			108,00 B

Zf.	Kgl. Sächs.	Thlr.	
4	Mansf. Ges. 1862	500	103,50 G
4½	do.		—,—
4½	do. 1879		103,75 G
5	do. Sm. 1875		103,50 B
4	Ltp.-Stadtobl. 1884		105,90 B
4½	do. 1876		105,10 G
3½	Allg. Landobl.		102,00 B
4	do. do.		102,00 B
	Div.		
0	Leipz. Bankbank		146,00 G
10	do. Verbr. u. Kredit. v. Riebeck u. Co.		188,00 G
11	Ltp. Kammgarnsp.		220,00 G
11½	do. Mulgf. Schtzmd.		175,00 B
7	Sächs. Kammgarnsp. (Selbrig)		92,00 G
6	Sächs. Masch.-Fabr. (Hartmann)		169,50 bzG
13	Sächs. Webstuhlfabr. (Schönherr)		274,00 B
8	Thür. Gasgel. Ltp.		144,00 G
8	do. Stamm-Pr.		150,50 G
7	S.-Thür. Pr.-A. St.		155,00 G
7	do. St.-Prior.		165,00 G
0	Ver. S. Thür. Parf. u. S.-Pr.-Akt. p. St.		—,—
—	do. do. Oblig.		104,75 G
0	Zeitzer Bar. u. S. Akt.		97,75 G
—	do. do. Oblig.		104,75 G
	Wiederegeln, Part.-Oblig.		104,00 G
3	Zuckerfabrik Glauzig		104,00 bz
9	Zuckerraffinerie Halle		120,00 bz
	Ausl. Eis.-B.-Obl.		
4	Aussig-Teplitzer		104,30 G
5	Böhm. Nordbahn		90,00 G
4	do. do. Gold		102,40 bz
5	Buschtehr. [B. Zdbn.]		89,90 G
5	do. Em. 1871		89,90 G
5	do. do. 1872		89,90 G
4½	do. Gold		105,75 bz
5	Dux-Bodenbach		90,00 B
5	do. Em. 1871		89,00 bz
5	do. do. 1874		108,00 G
4½	Graz-Köflacher		84,25 G
5	do. Em. v. 1871 u. 72		85,50 bzB
5	Kaschau-Oderberg		86,00 B
4	Prag-Dux Gold		101,60 G
5	do. Gold		108,30 G
5	Prag-Turnau		90,50 G

Farbige Seidenstoffe von Mk. 1.55

bis 12,55 p. Mtr. — glatt u. gemustert (ca. 2500 versch. Farben und Dessins) — vers. roben- und stückweise porto- und zollfrei das Fabrik-Depôt **G. Henneberg** (K. u. K. Hoflief.) **Zürich.** Muster umgehend. Briefe kosten 20 ₰ Porto.

Berliner Börse, 15. Januar.

Preuß. u. Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	108,00 B
do. do.	3½	105,50 B
Preuß. konsol. Staats-Anl.	4	108,50 B
do. do. do.	3½	104,10 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	101,10 bzG
Staats-Pr.-Anleihe 1855	3½	168,90 bz
Berl. Stadt-Obligation	4	105,30 bzG
Hallesche Stadt-Anleihe	3½	—,—
Provinzial-Pfandbriefe.		
Landschaftlich Central	4	103,00 G
do. do.	3½	101,60 bz
Landschaftl. Centr.-Pfdbrfe.	3	94,00 bz
Posensche, neue	4	102,40 G
Sächsische	4	—,—
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	101,20 bzB
Westpreuß. do.	3½	101,50 G
Rentenbriefe.		
Pommersche	4	105,25 bz
Posensche	4	105,00 B
Preußische	4	105,00 bzG
Sächsische	4	105,25 B
Schlesische	4	105,30 B
Bad. Prämien-Anleihe 1867	4	141,00 B
Bayerische Prämien-Anleihe	4	142,50 G
Braunschw. 20 Thlr.-Loose	—	134,00 bzG
Bremer Anleihe	3½	101,80 B
Köln-Mind. Pr.-A.-Sch.	3½	138,00 B
Hamburger Staatsrente	3½	132,75 bzG
Meininger Loose	—	20,25 B
Oldenburger 40 Thlr.-Loose	3	137,60 bz
Sächsische Staats-Anleihe	4	105,70 B
do. Rente	3	94,40 G
In- und ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.		
Anhalt-Dessauer Pfdbrfe.	4	103,00 G
Deutsche Grundschuld-Bank	4	103,00 bzG
do. do.	3½	99,00 bzG
do. Hyp.-Bank (Berlin)	4	103,00 bzG
do. do. (Meiningen)	4	102,50 bzG
Gothaer Prämn.-Pfdbr. Ldbg.	3½	106,40 G
do. do. II. abg.	3½	106,40 bzG
do. III. rzb. à 110 abg.	3½	100,50 G
do. IV. rzb. à 110 abg.	3½	100,30 bzG
do. V. do. abg.	3½	96,30 G
Hamb. Hyp.-Bank-Pfdbrfe.	4	103,00 bz
H. Handel, Bergw.-Obl.	4½	106,00 bzG
Pr. Bodenkr.-B.-Pfdb. unkdb.	5	113,80 G
do. Ser. III.	5	108,50 bzG
do. do.	4	102,25 bzG
Pr. Centr.-Bod.-Kr.-Pfdbr.	5	112,00 bzG
do. do. 110 rzb.	4½	—,—
do. do.	4	102,90 bzG
do. Hyp.-Akt.-Pfdbrfe. VI.	5	112,75 B
do. div. Ser. 13. 100	4	103,00 bzG
do.	3½	99,40 G
Schles. Bodenkredit	4	102,70 B
Russ. Bodenkredit-Pfandbr.	5	98,50 B
do. Centralbodenkr.-Pfdb.	5	77,90 B
Ausl. Staats- u. Komm.-Papiere.		
Italienische Rente	5	96,30 bzG
Kopenhagener Stadt-Anleihe	3½	97,70 B
Lissabonner Stadt-Anleihe	4	84,80 bzG
Oesterreich. Papier-Rente	4½	69,30 bzG
do. Silber-Rente	4½	70,20 B
Oesterreich. Gold-Rente	4	94,25 bzG
do. Kredit 1858	—	311,00 G
do. 1860er Loose	—	126,30 bzG
do. 1864er Loose	—	298,00 bzG
Römische III. Stadt-Anleihe	6	95,30 B
Rumänische Staats-Rente	6	106,90 bzG
do. do. fund.	5	102,00 bzG
do. do. amort.	5	95,10 bzG
Russ. konf. Anleihe 1870	5	—,—
Russ. konf. Anleihe 1871	5	99,70 B
do. 77 (Pfd. St. à 200 R.)	5	102,75 G
do. 80 (Pfd. St. à 200 R.)	4	87,80 bzG
do. 84 (Pfd. St. à 200 R.)	5	101,90 B
do. Orient-Anl. II.	5	65,25 B
do. do. III.	5	64,80 B
do. Pr.-Anl. 1864	5	179,90 bzG
do. Pr.-Anl. 1866	5	164,00 bzG
Russ. Gold-Rente 1883	6	114,90 bzG
do. do. (inscribirbar)	5	95,00 bzG
Russisch-Polnische Schatzanw.	4	90,00 G
Schwed. Staats-Anleihe 1875	4½	102,25 B
do. Hypoth.-Pfandbriefe	4½	99,80 G
do. do.	4	102,50 bzG
Serbische Rente	5	83,90 bzG
do. neue	5	84,00 bzG
Ungar. Gömörer Pfandbr.	5	101,10 G
do. Gold-Rente	4	85,75 B
do. do. mittel	4	85,75 G
do. Gold-Pr.-Anleihe	5	101,50 bzG
do. Papier-Rente	5	79,10 G
do. Eisenbahn-Anleihe	5	101,50 bzG
In- u. ausl. Eisenbahn-St.- u. St.-Prior.-Aktien.		
Aachen-Mastricht	4	63,75 B
Aussig-Teplitz	4	397,00 G
Berlin-Dresden	4	—,—
Böhmische Westbahn	5	134,75 B
Buschtehrader Lit. B.	4	138,50 bzB
Dortmund-Gron.-Enschede	4	92,50 B
Dux-Bodenbacher	4	187,75 B
Galizier (Karl Ludwig)	4	88,00 bzB
Gotthardbahn	4	136,90 bz
Italienische Mittelmeer-E.	5	122,00 bzG
Kronprinz Rudolfbahn	5	82,10 bzG
Ludwigshafen-Bexbach	4	221,00 bzG
Mainz-Ludwigshafen	4	113,00 bz
Marienburg-Mlawka	4	87,90 B
Mecklenb. Friedr.-Franz	4	152,50 bz
Niederschl.-Märkisch gar.	4	103,20 bzG
Nordhausen-Erfurter	5	—,—
Oesterreichische Nordwestbahn	4	74,25 bzG
do. (Elbethal)	5	88,40 bz
Ostpreußische Südbahn	4	117,00 bz
Oesterr. Staatsbahn Akt.	4	158,90 bz
Russische St.-B. gar. Akt. (Rbc. 125)	5	127,90 G
do. Südwestbahn	5	76,10 bzG
Saalbahn	5	47,00 G
Schweiz. Unionbahn	4	96,50 bzG
Stargard-Posener gar.	4½	105,10 G
Südösterreichische St. (Lomb.)	4	42,90 B
Ungar.-Galiz. gar.	5	77,50 B
Warschau-Wien	4	195,10 B
Werrabahn	4	76,00 B
Stamm-Prioritäts-Aktien.		
Berlin-Dresden	5	—,—
Marienburg-Mlawka	5	113,25 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	—,—
Oberlausitzer	4	—,—
Ostpreußische Südbahn	5	118,50 bzG
Saalbahn	5	109,80 bzG
Weimar-Gera	5	90,25 bzG

Bank-Aktien.		
Aachener Diskonto	4	85,00 bzG
Berliner Kassen-Verein	4	124,75 bzG
do. Handelsgesellschaft	4	181,25 bzG
do. Makler-Verein	4	138,75 bzG
Börsen-Kommissionsbank	4	—,—
Börsen-Handels-Verein	4	150,00 bzG
Braunschweiger Bank	4	103,75 bzG
do. Kredit	4	110,00 G
Bremer Bank	4	—,—
Breslauer Diskonto Friedlbl.	4	114,50 bzG
Chemnitzer Bank-Verein	4	108,25 bzG
Koburger Kredit	4	92,90 G
Danziger Privatbank	4	—,—
Darmstädter Bank	4	176,00 bz
do. Zettelbank	4	103,00 bzG
Dessauer Landesbank	4	—,—
Deutsche Bank	4	176,50 bzG
do. Genossenschaft	4	135,70 bzG
do. Hyp.-B. (Berlin) 60%	4	113,50 G
do. do. (Meiningen) 40%	4	102,30 bzG
Diskonto-Kommandit	4	234,40 bz
Dresdener Bank	4	154,25 bzG
Effekten-Maklerbank	4	—,—
Gerner Bank	4	88,30 bzG
Getreide-Maklerbank	4	—,—
Gothaer Privat-Bank	4	116,00 G
Hannoversche Bank	4	—,—
Intern. Bank Berlin	4	122,10 bzG
Königsberger Vereinsbank	4	108,90 bz
Leipziger Kredit	4	189,10 G
do. Diskonto	4	10,00 bz
Lübecker Bank	4	—,—
Magdeburger Bank-Verein	4	111,00 bzG
do. Privatbank	4	119,30 G
Mallerbank	4	117,50 bzG
Meininger Kredit	4	113,50 bzG
Nationalbank f. Deutschland	4	142,40 bzG
Nordstch. Grund-Kreditbank	4	83,80 bz
Oesterreichische Kredit-Anstalt	4	169,00 bz
Preuß. Boden-Kredit-Anstalt	4	122,75 bzG
do. Centralbodenkredit	4	143,30 B
do. Hyp.-Aktienbank	4	113,50 bzG
do. Zentralbodenbank	4	604,00 bzG
Reichsbank-Anttheile	4½	134,75 bz
Russ. Bank f. ausw. Handel	4	58,50 bzG
Sächsische Bank	4	110,00 bzG
Schaafh. Bank-Verein	4	105,90 bz
Schlesischer Bank-Verein	4	127,75 bzG
Südwestbank Lit. A.	4	—,—
Weimarische Bank (Lomb.)	4	105,25 bzG
Westfälische Bank	4	111,50 bzG
Eisenbahn-Prior.-Aktien und Obligationen.		
Berlin. 4% Prior. abgestmp.		
zum Bezug v. 3½% Konsols		
Berg.-Märk. III. A. 3 g.	3½	101,80 B
do. do. VII. konv.	4	104,10 bzG
do. do. VIII.	4	104,10 bzG
do. do. IX.	4	104,20 B
do. (Nordbahn)	4	104,00 G
Berlin-Anhalt L. C.	4	104,00 G
Berlin-Dresden gar.	4½	—,—
Berlin-Görlitz B.	4	—,—
Berlin-Hamburg III.	4	—,—
Berlin-Stettin gar.	4	104,00 G
Braunschw. Eisenb. Prior.	4½	108,50 G
Bresl.-Schw.-Frb. H.	4	104,00 G
Köln-Minden IV.	4	104,00 G
do. VI.	4	104,00 G
do. VII.	4	104,00 G
Magdeb.-Halberst. v. 1865	4	—,—

Magdeb.-Halberstädter 1873	4	104,50 B
do. Leipzig A.	4	106,50 B
do. do. B.	4	104,10 G
do. Wittenberge	3	85,00 G
Mainz-Ludwd. gar. lomb.	4	104,00 G
do. 1878r	4	104,20 B
do. 1874r	4	—,—
Niederschl.-Märk. I.	4	—,—
Oberschles. gar. Lit. E.	3½	101,60 G
do. 4½ gar. Lit. H.	4	104,20 B
do. Em. v. 73	4	104,00 G
do. do. 79	4½	104,50 G
do. do. 80	4	—,—
Rechte Oder-Ufer	4	—,—
Rheinische III. Serie	4	104,00 G
Thüringer VI. Serie	4	—,—
Albrechtsbahn gar.	5	84,25 G
Böhmische Nordb. Gold	4	102,25 B
Dux-Bodenbach II.	5	89,50 bzB
do. III.	5	—,—
Dux-Prag	5	108,40 bz
Galiz.-Karl-Ludwigsbahn	4½	84,60 G
Kaschau-Oderberg	5	86,20 bzG
do. Gold	5	102,30 bzG
Kronprinz Rudolf 84	4	78,70 bz
Lemberg-Czernow. IV.	4	75,30 G
Oesterr.-Franz. Stb., alte	3	84,40 bzB
do. do. 1874	3	80,75 B
do. Erzgs.-Netz, neue	3	79,25 G
do. Gold-Pr.	4	102,30 B
Oesterr. Staatsb. 3½ v. 1855	4	79,00 B
do. Nordwestbahn	5	93,10 G
do. 1874r. Gold-Pr.	5	107,90 G
Pilsen-Priesen	4	77,50 G
Südöstl. Bahn (Lomb.)	3	61,50 bzB
do. Oblig.	5	102,80 bzB
Ungar. Nordostbahn	5	83,30 bzG
do. do. Gold	5	133,00 bzB
do. Ostbahn I.	5	83,40 bzG
do. do. II.	5	100,80 bzB
Charkow-Kiew	5	97,40 bzG
Jekaterinow.-Dombrowo	4½	92,25 bzG
Große Russische	3	75,00 G
Kursk-Kiew	4	88,50 bzG
Moskau-Kursk Prior.	4	84,50 bzG
Moskau-Rjäsan	4	92,00 B
do. Smolensk	5	97,10 bzG
Rjäsch-Morczansk	5	96,50 G
Rybinsk-Bologo	5	85,80 bz
Rjäsan-Koslow	4	88,60 G
Russ. Nikolai-Obligation	4	89,20 B
Schuja-Ivanowo	5	96,80 bzG
Südwestbahn	4	85,00 bz
Transkaukasische	3	68,75 bzG
Wladikawkas gar.	4	82,00 B
Warschau-Wien IV.	5	102,10 G
do. V.	5	102,10 G
Zarskoe-Selo	5	79,30 B
Industrie-Papiere.		
Brauerei Königstadt	4	155,00 bzG
Berliner Brauerei Tivoli	4	128,50 bz
do. Unionbrauerei	4	144,80 bz
do. Bock-Brauerei	4	115,75 B
Leipziger Brauerei, Riebeck	4	190,00 B
Berl. Masch.-B. (Schwartzk.)	4	344,10 bzG
do. Große Pferdebahn	4	202,40 bz
do. Allgem. Omnibus	4	163,50 bzG
Eckert Maschinenfabrik	4	141,00 bzG

Anhalter Maschinen	0	109,60 bzG
Bresl. Waggon-Fabr. (Linke)	4	182,90 bzG
Breslauer Oelwerke	4	90,40 bzG
Hellesche Maschinen-Fabrik	4	250,00 B
Sächsische Masch. (Hartmann)	4	170,10 bzG
do. Stickmasch.-Fabrik	4	97,75 G
Chemn. Wertz. (Zimmerm.)	4	100,50 bzG
Zeitz. Maschinen Schaede	4	256,50 bzG
Bismarckhütte	4	184,00 bzG
Borsigwalde	4	163,50 bzG
Bochumer Gußstahl	4	139,90 bzG
Kölner Bergwerk	4	154,50 bzG
Donnersmarckhütte	4	74,40 bz
Dortm. Union St.-Pr. Lit. A.	6	101,20 bz
Dortm. Bergbau Lit. A.	4	45,00 bz
Gelsenkirchner Bergwerk	4	140,75 bz
Harpener Bergwerk	4	141,00 bzG
Hibernia u. Shamrock	4	139,70 bzG
Hörder Bergwerk	4	40,75 bzG
Königs- u. Laurahütte	4	141,40 bzG
Laurahammer Iowa.	4	138,00 bzG
Luise Tiefbau	4	89,50 bz
Magdeb. Bergwerks-Gesellsch.	4	240,25 bz
do. do. St.-Pr.	5	—,—
Oppeln Cement	4	128,00 bzG
Phönix A.	4	124,75 bzG
Pommer. Maschinen	4	133,25 G
Riebeck. Mont.-Werke [10%]	4	174,40 bzG
Sächsisch-Thür. Brunnkohlen	4	165,00 bzG
do. do. St.-Prior.	5	108,00 G
Schles. Cement	4	226,00 bzG
Schlesische Zinkhütte	4	155,75 bzG
do. do. St.-Pr.	4½	155,75 bzG
Wurm-Revier-Aktien	4	79,90 bz
Körbisdorf Zucker-Fabrik	4	107,00 B
Glanzig Zucker-Fabrik	4	103,50 bzB
Dessauer Gas	4	166,40 bz
Magdeb. allgem. Gas	4	92,00 B
Crollwitzer Papier-Fabrik	4	166,00 B
Eilenburger Kattun	4	—,—
Greppiner Werke	4	100,00 bzG
Leopoldshaller Berwin	4	130,00 bzG
Voigt u. Winde Gummi	4	135,25 G
Bolpi u. Schlüter, Gummi	4	106,00 bzG
Dortmunder Union-Obl.	5	113,10 bzG

Wechselkurs.

Amsterdam	100 fl.	8 T.	168,75 bz
Brüssel u. Antw.	100 fr.	8 T.	80,55 G
London	1 Lstl.	8 T.	20,39 bz
Paris	100 fr.	8 T.	80,60 bz
Wien österr. W.	100 fl.	8 T.	168,60 bz
Petersburg	100 Sbl.	3 W.	215,10 bz

Bank-Diskonto.

Berlin, Wechsel 4 %, Lombard 4½ u. 5. Amsterdam 2½. Brüssel 4½. London 4. Paris 4. Petersburg 6. Wien 4½.

Gold, Silber u. Banknoten.

Sovereigns	20,32 bz
Englische Banknoten	20,38 G
Napoleondor	16,17 bz
Dollars	4,17 G
Imperials	—,—
Französische Banknoten	80,70 bz
Oesterreichische Banknoten	168,85 bz
Russische Banknoten	216,45 bz

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18890117023/fragment/page=0004